

Edeltraut Felfe
Greifswald

Die Linkspartei in Schweden

Beitrag für den Internationalen Workshop der Rosa Luxemburg
Stiftung „Linksparteien im Vergleich: Rahmenbedingungen,
strategische Ansätze und Erfolgskriterien“,
12. und 13. Dezember 2002

1. Schweden als Prototyp eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates.....	2
2. Erfolg führt an Grenzen.....	3
3. Neoliberale Offensive und „Systemwende“.....	6
4. Ein neuer Klassenkompromiss?	7
5. Programmatische und strategische Positionen der Linkspartei.....	8
6. Für mehr Einfluss auf das Arbeitsleben	11
7. Der Jugendverband der Linkspartei - selbständige Kraft der linken Bewegung.....	13
8. Die Umweltpartei Die Grünen und Veränderungsstrategien	17
9. Zusammenarbeit von Linkspartei und Umweltpartei mit sozialdemokratischen Regierungen seit 1998.....	19
10. Diskussion und Kritik.....	21
11. Weitere strategische Elemente	24
12. Die Linke, das Eigentum und die Macht.....	25
13. Erfolgskriterien linker Politik ?.....	29
Anhang	31
Zur Autorin.....	34

Parteien und soziale Bewegungen

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, politikanalyse@rosalux.de

rls

1. Schweden als Prototyp eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates

Linksparteien in Schweden leben und arbeiten mit der Erfahrung, dass die sozialdemokratisch dominierte Arbeiterbewegung des Landes über fast ein halbes Jahrhundert Interessen von Lohnabhängigen und Benachteiligten durch einen nationalen Klassenkompromiss unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung erfolgreicher vertreten konnte als dies der Arbeiterbewegung in anderen kapitalistischen Ländern Europas möglich war.

Seit der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde der Begriff des „Schwedischen Modells“ als Prototyp eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates geprägt. Er verkörperte die frühzeitige und besonders fruchtbare Aufnahme des Keynesianischen Gedankenguts und seiner Verknüpfung mit traditionellen sozialdemokratischen Werten in der politischen Praxis. Bis zum Ende der 70er Jahre verfolgte der schwedische Wohlfahrtsstaat unter nahezu ununterbrochener Regierungsmacht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) seit 1932 (s. Anhang) den Anspruch, einen „Dritten Weg“ zwischen typisch kapitalistischen Ländern und denen des realsozialistischen Versuchs zu gehen. Das Modell erfüllte auch Beispielfunktionen gegenüber Entwicklungsländern. Zugleich stand es oft in der Kritik von Seiten konservativer, marktliberaler und rechtsextremer Kräfte in Europa.

Kennzeichnend für das Modell waren :

- aktive Arbeitsmarktpolitik und kaum Arbeitslosigkeit
- ausgeprägte Sozialpartnerschaft, zentralisierte Tarifabkommen und solidarische Lohnpolitik, ein hoch entwickelter Korporativismus auf allen Ebenen der Staatsapparate
- weitgehend steuerfinanzierte öffentliche Sozialleistungen, die für alle Bevölkerungsschichten und Lebensalter der Bürger sowie für alle Fälle von Einkommensausfall etwa gleichwertigen Ersatz auf hohem Niveau boten (Universalitätsprinzip)
- ein weitgehender sozialpsychologischer Konsens um sozialdemokratisch geprägte Werte wie Gerechtigkeit, soziale Gleichheit, Sicherheit, Solidarität sowie eine dadurch geprägte politische Kultur der Konfliktlösung durch Konsensfindung und Pragmatismus.

Für die Herausbildung, die erfolgreiche Entwicklung und lang dauernde Stabilität dieses Wohlfahrtsstaates gab es in Schweden, außer in Europa generell wirksamen Ursachen für die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Existenzweise des Kapitalismus, auch besondere nationale Bedingungen, die zum Teil, modifiziert und abgeschwächt, fortwirken und auch für Parteien links von der Sozialdemokratie gegenwärtig bedeutsam sind.

Auf der Grundlage einer äußerst günstigen natürlichen Rohstoffbasis (Holz, Eisenerz, Wasserkraft) setzte erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung des Landes ein, die den damaligen internationalen Stand des technischen Fortschritts effektiv nutzte und von Anbeginn mit hochspezialisierten, intelligenzintensiven Spitzentechnologien und Produkten auf Lücken im Weltmarkt und eine entsprechende Exportstrategie orientierte. Dies wurde später und ist auch gegenwärtig eine durchgängige Strategie der Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen Regierungen.

Die Arbeiterbewegung war von Anbeginn hoch organisiert und wie kaum in einem anderen kapitalistischen Land sozialdemokratisch dominiert. Ca. 40% der Lohnabhängigen waren Mitglieder in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bei den Gewerkschaften (Landesorganisation – LO) betrug der Organisationsgrad etwa 80%. Sozialdemokratische

Partei und Gewerkschaften waren traditionell sehr eng miteinander verflochten. U.a. bestand bis in die 90er Jahre eine Kollektivmitgliedschaft von Gewerkschaftsgruppen in der SAP. Hinsichtlich Wähler- und Mitgliedschaft entstand zwischen ihnen eine auch gegenwärtig wirksame wechselseitige Abhängigkeit, die dazu beigetragen hat, die SAP alles in allem stärker links zu halten als andere sozialdemokratische Parteien und andererseits die Gewerkschaften in den Verteilungskompromiss einzubinden. (Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei war noch in den 90er Jahren mit 1,2 Mio. Mitgliedern größer als alle bürgerlichen Parteien des Landes zusammen.)

Die drei ursprünglichen Parteien des bürgerlichen Lagers (Konservative, Liberale und bäuerlich/mittelständisches Zentrum) und die in den 80er Jahren hinzugetretene Christlich-demokratische Partei sind traditionell zersplittert. Eine stabile Führerschaft als Gegenpol zur Sozialdemokratie hat sich nicht herausgebildet (zu Wahlergebnissen und Regierungen s. Anhang). Mit dem bereits 1916 erfolgten Eintritt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei H. Branting in eine bürgerliche Regierung waren frühzeitig erste Erfahrungen auf beiden Seiten mit einem derart institutionalisierten Klassenkompromiss gemacht worden. Aber auch harte Klassenauseinandersetzungen, Streiks, Aussperrungen, Hungermärsche, gewaltige Massendemonstrationen für das allgemeine Wahlrecht und der blutige Einsatz von Militär gegen Streikende in der 20er und 30er Jahren gehören zu Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Alles in allem aber bildeten demokratische politische Traditionen des Landes günstige Bedingungen für die Herausbildung des Modells. Seit den Königsgelübden bereits vor Mitte des 14. Jahrhunderts waren individuelle Persönlichkeits- und Freiheitsrechte für alle Schweden proklamiert und seither Verfassungsgrundsatz. Es gab keine längeren Perioden von Leibeigenschaft. Praktisch ist keine Generation des Landes ohne parlamentarische Erfahrung geblieben. Es gab keine zerstörerischen ethnischen und religiösen Kämpfe. Positive Erfahrungen mit reformerischer Fortentwicklung der Gesellschaft, in die auch offene Kampfformen integriert wurden, das frühzeitige Reagieren auf zugespitzte soziale Widersprüche und Kräftekonstellationen, auch außerhalb des Landes, begünstigten insgesamt die politischen Bewegungsformen des Wohlfahrtsstaates.

Ganz wesentlich scheint zu sein, dass sich Schweden Anfang des 19. Jahrhunderts aus seiner Großmachtzeit verabschiedet hatte und seit 190 Jahren an keinem Krieg mehr beteiligt war. Die Außenpolitik war auf Neutralität im Falle militärischer Auseinandersetzungen gerichtet. Völkerrechtliche Neutralität und ihre Verletzung in den Weltkriegen und auch Handel und Wandel mit kriegszerstörten Ländern förderten wirtschaftliche Prosperität. Besonders unter O. Palme als Vorsitzendem der SAP und Regierungschef war die Außenpolitik des Landes auf einen aktiven Beitrag zu nichtmilitärischen Konfliktlösungen, zu Abrüstung und auf die Respektierung der Menschenrechte in der Welt gerichtet.

Soziale Errungenschaften der Länder des Realsozialismus spielten nachgewiesenermaßen für die Entwicklung des schwedischen Modells eine positive Rolle.

Die Wohlfahrtsstaatspolitik im Innern fand durch diese äußeren Faktoren ihre günstigste Entsprechung und Förderung.

2. Erfolg führt an Grenzen

Der *Kern dieses Modells* bestand wohl darin, dass zeitweilige und teilweise Übereinstimmungen von Interessen von Lohnabhängigen und jeweils unterschiedlichen, nicht an der Macht beteiligten Bevölkerungsgruppen einerseits und Kapitaleignern andererseits in einer immer neuen Mischung von Pragmatismus und Utopismus aufgefunden, hergestellt, neu definiert und veränderten Bedingungen angepasst wurden. Unterschiedliche und einander

widersprechende Interessen wurden überlagert, kanalisiert, abgeschwächt und aus dem Bewusstsein gedrängt. Dem Grundinteresse der Lohnabhängigen an selbstbestimmter, von Ausbeutung freier Arbeit wurde nie entsprochen, dem Grundinteresse des Kapitals nie widersprochen, aber eine Grauzone dazwischen so produktiv wie möglich gestaltet. Von Anbeginn bestand die Strategie der sozialdemokratischen Führung darin, Wirtschaftskraft, Produktivität, Rationalisierung einerseits und Sozial- und Verteilungspolitik andererseits wechselseitig zum Nutzen aller Bereiche zu gestalten und auf dieser Grundlage eine Funktion des Staates zur Integration von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu erfüllen. Neuere Untersuchungen und Debatten belegen, dass gerade dies ein sehr frühzeitiges Spezifikum und eine entscheidende Ursache langer Erfolgsperioden des Wohlfahrtsstaates war.¹ Zum anderen hatten die Gewerkschaften (LO) in dem „berühmten“ Abkommen mit dem Arbeitgeberverband von Saltsjöbaden 1938 das Bestimmungsrecht der Kapitaleigner in den Unternehmen ausdrücklich akzeptiert.

Als mentaler Weg, von der „Sozialisierung der Produktion“, den Forderungen des „Fußvolks“ nach „ökonomischer Demokratie“ und „öffentlicher Kontrolle der Produktion“ wegzukommen, hatte bereits Branting nach dem 1. Weltkrieg gefordert, zu „versuchen, den Arbeitern das Verständnis für die ureigenen Forderungen der Produktion selbst zu geben.“² Dies wurde eine wesentliche *bewußtseinsmäßige Komponente des Modells*: Jeweilige Erfordernisse der privatkapitalistischen Verwertung unter sich wandelnden technischen und technologischen Bedingungen sollten a priori als „Forderungen der Produktion an sich“ verstanden und als Sachzwang akzeptiert werden. Dieser Gedanke wurde nun unter den Bedingungen neoliberaler Anpassung menschlicher Arbeitskraft an den Markt als Ausdruck des Genies des Vaters der schwedischen Sozialdemokratie empfunden.

Aber es gibt für die Suche nach linken Strategien heute nicht nur die Erfahrung eines Erfolgs des Modells. Sein Preis bestand auch darin, dass *systembedingte Grenzen* dieser Strategie eher erreicht wurden.

Selbst in den erfolgreichsten Zeiten des Modells wurden seine Versprechen von sozialer Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Volksherrschaft vor allem im Arbeitsleben der abhängig Beschäftigten und im Arbeitsprozess selbst nicht verwirklicht. *Immer blieb es abhängig von äußeren und inneren Verwertungsbedingungen des Kapitals, die es selbst nur unter dem Primat der Profitmaximierung beeinflussen konnte.* Dies waren wesentliche Gründe für Kritik an dem Modell und für alternative Politik von links, aus Gewerkschaften und von Kommunisten und Sozialisten.

Bereits Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre, als ein Maximum wohlfahrtsstaatlicher sozialer Reformen durchgesetzt war, brachen in den Erzgruben in Nordschweden, im Hafen von Göteborg, unter öffentlich angestellten Sozialarbeiterinnen in Stockholm und anderswo *sogenannte wilde Streiks* aus, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Menschenwürde im Arbeitsleben einforderten. Im Lande kam es zu spontanen Sympathie- und Solidaritätsbekundungen. Es entstand eine neue Arbeiter- und Dokumentarliteratur, etwa 50 Arbeitertheater nahmen Themen von Akkordhetze, Entmündigung am Arbeitsplatz, Erniedrigungen in Abhängigkeit von Erwerbsarbeit und Ohnmacht und Angst der abhängig Beschäftigten, etwas zu ändern, auf. Schriftsteller und Publizisten wie Sara Lidman und Jan

¹ Vgl. Lindberg, I.: Valfärden och Globaliseringen, in: Valfärd, Politik och Ekonomi i en ny värld, Arbetarrörelsens Ekonomiska Råd, AER-rapporter 1999, S.120; Schweden im Wandel – Entwicklungen, Probleme, Perspektiven, Hrg. C.H.Riegler/O.Schneider, Berlin 1999, S. 31 ff, S. 327

² Zit. bei Dahlkvist, M.: Den instängda Demokratien. Rörelsesocialismen och statssocialismen i svensk arbetarrörelse, in: Civilsamhället som Demokratins arena, in: Demokratiutredningens skrift nr. 29, SOU 1999: 112, S. 47

Myrdal stellten sich an ihre Seite. Anthologien wie „Das schwedische Modell der Ausbeutung“³ gingen von Hand zu Hand. Dies alles geschah in engstem Zusammenhang mit der gewaltigen schwedischen Volksbewegung gegen den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Es waren *Elemente einer neuen Kultur gegen Hegemonie und Herrschaft des Establishments* entstanden.

Und eine zweite Zäsur machte Wesen und Grenzen der bis dahin verfolgten Strategie des Wohlfahrtsstaates deutlich:

1975 forderte der Kongress der Gewerkschaften (LO) die *Schaffung von gewerkschaftseigenen „Arbeitnehmerfonds“* aus Gewinnen der stärksten Unternehmen, um den abhängig Beschäftigten durch allmählichen Eigentumserwerb an produktivem Kapital nach und nach mehr Macht zu geben, um die Wirtschaftspolitik generell und um ihre alltäglichen Lebensbedingungen vor allem als Produzenten beeinflussen zu können. Einer der Väter dieses strategischen Modells, der Gewerkschaftsökonom Rudolf Meidner, begründete seinen Vorschlag u.a. so: „Wir wollen die Kapitaleigner ihrer Macht berauben, die sie eben kraft ihres Eigentums ausüben. Alle Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht mit Einfluss und Kontrolle. Eigentum spielt eine entscheidende Rolle...Allein Funktionssozialismus (Terminus, der Eingriffe in Funktionen von Eigentum meint) reicht... nicht aus, eine durchgreifende Gesellschaftsveränderung zu erreichen.“⁴ Dieser Vorschlag schlug wie eine Bombe ein. In einer liberalen Tageszeitung war von einer „Revolution in Schweden“ zu lesen. Die herrschenden Kräfte des Großkapitals bliesen nun von allen Seiten zum Angriff auf das Modell in seiner Gesamtheit.

Vielfach wird dieser Einschnitt als das Ende der Machtbalance gesehen, auf dem das Erfolgskonstrukt gebaut war. 1982 wurde unter sozialdemokratischer Regierung ein Gesetz zur Schaffung dieser Fonds verabschiedet. Unter der Macht des Faktischen wurde das angesammelte Vermögen aber bald als risikowilliges Kapital in den Privatunternehmen eingesetzt und die erste nachfolgende bürgerliche Regierung schaffte das Gesetz ab. In der damaligen Linkspartei Kommunisten, heute Linkspartei, wurde das Projekt als reformistisch bewertet und nicht unterstützt. Von der Sozialdemokratie kam Kritik aus anderer Richtung.

An Fragen des Privateigentums an Produktionsmitteln wurde aus der linken Bewegung heraus bis zum Ende der 90er Jahre wie an einer offenen Wunde kaum noch gerührt, *Forderungen nach „Demokratie am Arbeitsplatz“*, nach verbesserten Arbeitsbedingungen und einer humaneren Arbeitsumwelt, nach veränderter Primärverteilung aus dem Arbeitsprozess und danach, den Menschen nicht auf die Verwertung seiner Arbeitskraft zu reduzieren, blieben bei allen Wandlungen in Technologien, Produktionstyp und Erwerbsleben ein zentraler Diskussionsgegenstand in der Basis der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und links von ihr stehender organisierter Kräfte. Eine führende Vertreterin des sozialdemokratischen Denkens forderte 1986, „das Arbeitsleben so zu organisieren, dass eine neue Gleichheit geboren“ werde.⁵ Staatsfinanzierte Macht- und Demokratieuntersuchungen, Analysen in Vorbereitung von Gesetzgebungen und akademische soziologische Forschungen der 80er und 90er Jahre wandten sich dieser Thematik zu. Eine „Machtuntersuchung“ stellte 1990 fest, dass die untergeordnete Stellung der Arbeiter im Produktionsprozess eine der wichtigsten Quellen von Machtunterschieden in der Gesellschaft seien. Der Klassenbegriff als Grundlage kollektiver Solidarität werde weniger relevant. Die Menschen verstünden sich mehr und mehr

³ dt. Ausgabe bei Kiepenheuer und Witsch, Köln Berlin, 1971

⁴ LO-Tidningen, Nr.19/1975, zit. nach S. Sjöberg, Samhällsfunder En socialistisk strategi för 2000-talet?, in: Socialistisk Debatt, Sth., 2/1999, S. 42

⁵ Lo-Tidningen, Sth. 1986, Nr. 3, S. 10

als „Mittelklasse ohne Macht“.⁶ Der Chef der Metallarbeitergewerkschaft verwies unter der Artikelüberschrift „Im Arbeitsleben lebt die Armutsgesellschaft fort“ auf Ohnmacht und Unruhe an den Arbeitsplätzen und verlangte, dass „der Wohlfahrtsstaat an die Fabrikture klopfen“ müsse.⁷

Und wenn im Programm der sozialdemokratischen Regierung vom Oktober 2002 die Humanisierung der Arbeitswelt, die Halbierung des Krankenstandes der Erwerbstätigen in den nächsten Jahren, der Kampf gegen Ausgebranntsein, Arbeitskraftverschleiß und Frühinvalidität weit oben stehen, dann ist klar, dass weitgehende Entrechtung und Entfremdung des Menschen im Arbeitsprozess und im Erwerbsleben generell über die Jahrzehnte des erfolgreichen Wohlfahrtsstaates *und* seiner Erosion eine konstante Konfliktlinie in der schwedischen Politik geblieben sind.

Seit den 80er Jahren wurde schließlich immer deutlicher, dass auch dieses Modell des Wohlfahrtsstaats vom jeweiligen Interesse der führenden Kapitalgruppierungen an einem nationalstaatlich regulierten Kompromiss abhängig geblieben war, und dass es selbst die verteilungs- und sozialpolitischen Errungenschaften unter veränderten äußeren und inneren Bedingungen nicht bewahren konnte.

3. Neoliberale Offensive und „Systemwende“

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte unter Federführung des äußerst ressourcenstarken schwedischen Arbeitgeberverbandes (SAF) und der konservativen Gemäßigten Sammlungspartei (M) mit deutlicher Bezugnahme auf die Politik von Reagan und Thatcher eine massive neoliberale geistige, kulturelle, sozialpsychologische und politische Offensive gegen das sozialdemokratische Modell als „dominierendes ökonomisch-politisches Paradigma“ ein. Dabei wurden Schwierigkeiten bei der Finanzierung und bürokratische Elemente bei der Administration der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme ausgenutzt.

Von den gleichen Kräften wurden aggressive Kampagnen eingeleitet, um die bisherige Ausgestaltung des bürgerlich-parlamentarischen Systems schrittweise so zu ändern, dass künftig weniger Möglichkeiten sein sollten, auf diesem Wege in Marktmechanismen einzugreifen. Gleichzeitig kündigte der Arbeitgeberverband seine Vertretung in korporativen Machtsstrukturen auf allen Ebenen auf. An deren Stelle traten eine mehr direkte und selektive Einflussnahme der stärksten Unternehmen und Monopolgruppen auf den staatlichen Beschlussprozess und gewöhnlicher Lobbyismus. Zentralisierte Tarifabkommen wurden mehr und mehr durch branchenweise und unternehmensspezifische Abkommen abgelöst. Die sogenannte Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt und wachsender Druck auf Arbeitslose wurden erhöht. Position und Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften wurden geschwächt.

In den 80er Jahren begann mit der Deregulierung des Kreditsystems und des Valutamarktes, mit umfangreichen Privatisierungen und marktorientierten Arbeitsformen der Verwaltungen, auch im sozialen Servicebereich, mit dem Bekenntnis des sozialdemokratischen Finanzministers zu „weniger Staat“ und dem schließlichen Vorrang von Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung vor dem Ziel der Vollbeschäftigung die *praktisch-politische Erosion des bisherigen Modells*.

Eine neue Welle setzte Anfang der 90er Jahre mit der Wirtschaftskrise, einer Arbeitslosigkeit von fast 9%, einer Steuerreform zugunsten der Reichsten und „Krisenpaketen“ mit erheblichen Einschnitten ins soziale Netz der Lohnabhängigen und Arbeitslosen ein. Die Zahl

⁶ Vgl. Demokrati och makt i Sverige, Maktutredningens huvudrapport, Sth. 1990, SOU 1990: 44, S. 395

⁷ Svenska Dagbladet, v. 20.9.90

der Sozialhilfeempfänger verdoppelte sich. Die Anzahl der staatlich Angestellten verringerte sich um ca. ein Drittel, was besonders im sozialen Servicesektor spürbar wurde. Dieser Sektor wurde vor allem in bürgerlich regierten Kommunen mehr und mehr zu einer Anlagesphäre des Kapitals.

Diese Entwicklung ging mit abnehmender politischer Aktivität der am meisten Betroffenen, der Arbeitslosen, alleinerziehenden Mütter, wenig Ausgebildeter und Einwanderer einher. Ein Gefühl sozialer Kälte, allgemeiner Machtlosigkeit und des Ausgeschlossenenseins aus der Gesellschaft griff zunehmend um sich, wie eine umfangreiche von der sozialdemokratischen Regierung 1997 in Auftrag gegebene „Demokratieuntersuchung“ belegte. Mit der Erosion des Wohlfahrtsstaates sei eine Tendenz zu weniger Demokratie in Schweden einhergegangen.⁸ In gründlichen empirischen Forschungen werden innerhalb bürgerlicher Parteien und in der Sozialdemokratie eine Abwendung von Sozialreformismus hin zu Ökonomismus und marktorientiertem Denken und wachsende undemokratische Praktiken und Strukturen, eine zunehmende Entfernung der Führungen von Mitgliedern, weniger lokale und basisdemokratische Verankerung und schein-demokratische Bürgernähe konstatiert.⁹ Es werden enorm gewachsene politische und diskursive Machtpotentiale des Marktes festgestellt und dass sehr wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse zunehmend von einer informellen Machtelite getroffen werden, die demokratischen Einflüssen und einem offenen Diskurs über Wirtschaftspolitik entzogen ist. Innerhalb des Machtzirkels seien Selbstdisziplinierung und Anpassung Voraussetzung für Einfluss und Positionen, wodurch gerade Kritik und Korrektur innerhalb der Eliten erschwert würden.¹⁰ Zumindest in den Führungseliten der Sozialdemokratie wurde der früher ausgeprägt kollektiv und solidarisch besetzte Demokratiebegriff stärker formalisiert und individualisiert. An die Stelle des Gleichheitsverständnisses als „gleich im Ergebnis“ trat „Chancengleichheit“ usw.

Diese *ökonomisch-politische und geistig-kulturelle „Systemwende“* ging mit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union 1995 einher. Schweden nähert sich immer mehr der EU-Militärkooperation und der NATO an und ist in entsprechende Rüstungsprojekte eingebunden. Die Neutralitätspolitik des Landes wurde aufgegeben.

Die Hegemonie traditioneller sozialdemokratischer Werte und Politik war wesentlich unter sozialdemokratischen Regierungen verloren gegangen, ohne dass der Neoliberalismus sich vollkommen durchgesetzt hätte. Grundzüge eines Wohlfahrtsstaates in seinen minimaleren Varianten bestehen in einer nach rechts gerückten Gesellschaft fort.

Auf der Grundlage einer günstigen konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft wurde ab etwa 1997 der Sozialabbau gestoppt. Dennoch verlor die SAP bei der Wahl im September 1998 fast 9% ihrer Stimmen. Und die Linkspartei (V) trat mit einer Verdopplung ihrer Wählerstimmen auf 12 % als deutlicher wahrnehmbare Kraft links von der Sozialdemokratie in Erscheinung (s. Anhang).

4. Ein neuer Klassenkompromiss?

Von 1998 bis 2002 regierte die SAP mit einem Minderheitskabinett, das von der Linkspartei (V) und der Umwelpartei Die Grünen (Mp) gestützt wurde. In dieser Konstellation versuchte

⁸ Vgl. u.a. En uthållig demokrati! Politik för folkstyrelse på 2000-talet, Demokratiutredningens betänkande SOU 2000:1; SOU 1999:121

⁹ Vgl. Löwdin, P.: Det dukade bordet. Om partierna och de ekonomiska kriserna, Uppsala 1998; Teorell, J.: Demokrati eller fätalsvälde? Om beslutsfattande i partiorganisationer, Uppsala 1998; Demokratiutredningen SOU 1999: 130

¹⁰ Vgl. Sverenius, T. : Vad hände med Sveriges ekonomi efter 1970? SOU 1999: 150

die Sozialdemokratie stärker zu traditionellen Werten und der Politikgestaltung ihres Modells, u. a. zu der sehr engen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zurückzukehren. Dafür spricht auch, dass die sozialdemokratische Regierung das Projekt der UNO „Global Compact“ zur freiwilligen Wahrnehmung von Umwelt- und Sozialverantwortung durch trans- und multinationale Konzerne nicht nur finanziell unterstützt, sondern selbst eine neue Zusammenarbeitsform/Institution zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftsführung des Landes zur nationalen Umsetzung, Konkretisierung und Weiterentwicklung dieses Projekts ins Leben gerufen hat. Wie angenommen wird, als einziges Land bisher, eine neue Harpsunddemokratie unter den Bedingungen der Globalisierung?

Die Hochkonjunktur wurde genutzt, soziale Einschnitte der 90er Jahre wieder zu mildern. Zudem war deutlich geworden, dass die Mehrheit der Schweden am vorrangig steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaat festhalten und dem rigorosen Steuersenkungs- und Privatisierungskurs vor allem der konservativen Sammlungspartei nicht folgen will. Aus den Wahlen im September 2002 konnte die SAP als Regierungspartei gestärkt hervorgehen. Zugleich war unter diesen Bedingungen für die Linkspartei im innenpolitischen Bereich kein deutliches Vakuum entstanden, in dem sie neuen Einfluss hätte gewinnen können.

Obwohl die Linkspartei 2002 ihr Wahlziel von 20% mit einem Wahlergebnis von 8,6% weit verfehlte, wurde ihr Ziel, eine bürgerliche Regierung in Schweden zu verhindern, erreicht. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung wird nun in vertraglicher Zusammenarbeit mit der Linkspartei und der Umweltpartei Die Grünen fortgesetzt. *Eine langfristige Strategie der SAP für eine linke Zusammenarbeit mit den beiden Stützparteien gibt es erklärtermaßen nicht. In der für die Entwicklung des Landes immer wichtiger werdenden Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik arbeitet die SAP in wechselnden Mehrheiten mit bürgerlichen Parteien zusammen.*

Obwohl rechtspopulistische bzw. fremdenfeindliche Parteien bei den gleichzeitig stattgefundenen Provinzial- und Kommunalwahlen in Kommunalparlamente einziehen konnten (insgesamt 57 in 23 Vertretungen), ist in Schweden gegenwärtig ein europäischer Trend zu mehr neoliberaler und rechtspopulistischer Regierungsmacht durchbrochen worden.

Vieles deutet zur Zeit darauf hin, dass - zumindest unter fortbestehenden günstigen konjunkturellen Bedingungen - ein neuer Kompromiss unter Einbeziehung von erheblich weniger abhängig Beschäftigten und zu schlechteren Bedingungen selbst für die Bevorzugten sowie mit abnehmender Integrationsfähigkeit des politischen Systems zustande kommt. Mit Sicherheit wächst die Abhängigkeit der Politikgestaltung von europäischen und internationalen Bedingungen, was bisherige besondere nationale Rahmenbedingungen für linke Alternativen weiter einschränken wird. Auch in Schweden wird Alternativpolitik zunehmend europäische und internationale Dimensionen bekommen müssen.

5. Programmatische und strategische Positionen der Linkspartei

Die gegenwärtige Position der Linkspartei (1917 als Sozialdemokratische Linkspartei gegründet, 1919 der Komintern angeschlossen und von 1921 bis 1967 Schwedens Kommunistische Partei, danach Linkspartei Kommunisten und ab 1990 Linkspartei, s. Daten zur Partei im Anhang) hat selbstverständlich Wurzeln in der Eigenart des schwedischen Modells und darin, dass sich die Partei seit etwa Mitte der 60er Jahre von dem sowjetischen „realsozialistischen“ Vorbild losgelöst und ihren eigenständigen Weg gesucht hat. Mitglieder der Partei, die deren weiteren Weg nicht mitgehen wollten, bildeten 1977 die Arbeiterpartei Kommunisten (APK), die sich 1995 als Schwedens Kommunistische Partei (SKP) neu konstituiert hat und in einigen Kommunalparlamenten vertreten ist. 1970 hatte sich bereits die Kommunistische Partei–KPML(r) gegründet, in der vor allem Industriearbeiter und andere

Lohnabhängige, auch in basisdemokratischen sozialpolitischen Widerstandsinitiativen, internationalen Solidaritäts-, und Antikriegsbewegungen sowie in einigen Kommunalparlamenten aktiv sind. Beide Parteien stehen auf jeweils ihre Weise grundsätzlich ablehnend zur sozialdemokratischen Anpassungsstrategie und bemühen sich vor allem auch über den Anpassungskurs der schwedischen Sozialdemokratie an den Kriegskurs der USA und über Folgen für die schwedische Bevölkerung aufzuklären. Die Linkspartei verteidigt in ihrem geltenden Programm von 2000 ausdrücklich das schwedische Wohlfahrtsstaatsmodell und will es weiterentwickeln.

Viele der sozialen Reformen seit Mitte der 30er Jahre, nach dem zweiten Weltkrieg, in den 50er und 60er Jahren waren zuerst von den Kommunisten gefordert worden. Sie haben an den Arbeitsplätzen der Lohnabhängigen und in parlamentarischen Versammlungen für bessere Löhne und anständige Arbeitsbedingungen gekämpft. Nach dem Kominternkongress 1935 haben sie den Kampf gegen den Faschismus als eine ihrer Hauptaufgaben verstanden und die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gesucht. In den 50er Jahren und während des kalten Krieges standen sie an der Spitze für den Kampf gegen Atomwaffen und für Abrüstung. Obwohl die Kommunisten von Führungen der SAP und der Gewerkschaft zum Teil mit äußerst undemokratischen Methoden bekämpft wurden, blieben sie in den Gewerkschaften, den Mietervereinigungen, Solidaritätsorganisationen und auf kommunaler Ebene verankert.

Ihr größtes relativ stabiles *Wählerpotential* hat die Linkspartei trotz Schwankungen in den Gewerkschaften, vor allem bei gewerkschaftlich organisierten Frauen und bei Arbeitslosen sowie außereuropäischen Einwanderern. Fortschritte erreichte die Partei 2002 bei Jugendlichen und Erstwählern. Stimmverluste musste sie 2002 vor allem seitens männlicher Gewerkschaftler zugunsten der Sozialdemokratie hinnehmen. (In Schweden sind in der Landesorganisation der Gewerkschaften 5 % mehr Frauen als Männer organisiert, 2002 waren sechs von zehn Wählern der Partei Frauen, 12 % der schwedischen Wählerinnen stimmten für die Linkspartei.)

Im *geltenden Parteiprogramm von 2000* wird festgestellt: „Die Politik in Schweden wird immer noch von dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit dominiert.“ und: „Unsere politische Arbeit geht von einer Analyse der herrschenden Machtverhältnisse von einer Klassen- und Geschlechterperspektive aus.“¹¹

In ihrem Programm und in nahezu 20 aktuell-politischen Handlungsprogrammen oder Plattformen für einzelne Politikfelder erklärt sie, wie sie *als sozialistische Partei*, „als Teil der internationalen und schwedischen Arbeiterbewegung“ dazu beitragen will, dass die Menschen mehr Möglichkeiten haben, eine größere Verantwortung für ihre tägliche Lebenssituation in allen Bereichen zu übernehmen, am Arbeitsplatz ebenso wie in politischen Gremien usw. Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft als Verwirklichung „eines ökonomisch und politisch demokratischen Systems“. Seine Verwirklichung „erfordert die Abschaffung des Kapitalismus, gleiche Verteilung der Ressourcen der Gesellschaft samt einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und der Macht über Produktionsmittel.“¹²

Ein weiterer Grundpfeiler ihrer Politik ist auf die Überwindung der Unterdrückung der Frauen in der Gesellschaft gerichtet. Die *Überwindung patriarchaler Machtstrukturen* ist immanenter Bestandteil des Kampfes für eine gleiche, gerechte und demokratische Gesellschaft.

¹¹För en solidarisk Värld, S.31 f.

¹² ebenda, S. 3

Als dritte strategische Linie wird der *Einsatz für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung* gesehen. Auf der Grundlage politischer Beschlüsse müssten Produktions- und Konsumtionsmuster umgestellt werden.

Und der vierte Eckpfeiler ist der *Kampf für internationale Solidarität*, für eine Welt, in der nicht „Oberklassen“ herrschen und niedere unterdrückt werden. Die Entwicklungshilfe müsse auf 1% vom BNP erhöht werden.

Die Partei spricht sich im Programm gegen eine EU-Mitgliedschaft des Landes aus, verfolgt aber zugleich mehr und mehr die Strategie, die EU von innen demokratisieren zu wollen. Sie ist gegen den Beitritt des Landes zum Euro-Währungsgebiet.

Der Kampf für Sozialismus soll in der *gesamten* Gesellschaft geführt werden, im Arbeitsleben, in den Wohngebieten, zu Hause und in der Gesellschaft, für gleiche Arbeits- und Machtverteilung zwischen Frauen und Männern. Er soll von den Bürgern in ihrer Eigenschaft als Konsumenten gegen die Wegwerfgesellschaft geführt werden usw.

Die Partei betrachtet den tagespolitischen Kampf und den konstruktiven, ergebnisorientierten Einsatz in gewählten Vertretungskörperschaften als unumgänglichen Teil ihres „langfristigen Kampfes für ein sozialistisches Schweden und für eine solidarische Welt.“ Sie orientiert auf permanente Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Arbeiterbewegung, mit Frauen-, Umwelt- und Solidaritätsbewegungen und betont, dass sie gerade im letzten sehr erfolgreichen Jahrzehnt ihrer Arbeit sehr viel an Erkenntnissen und Erfahrungen dieser Bewegungen aufgenommen hat.

Die Partei sieht in der *Mobilisierung und Organisierung öffentlicher Meinung* die entscheidende Aufgabe und Fähigkeit der Partei, die Politik nach links zu drücken. *„Ein gut entwickelter außerparlamentarischer Kampf ist eine Voraussetzung für Erfolg in der parlamentarischen Arbeit.“*¹³ Entsprechend führt die Partei ihren Wahlkampf deutlich gerichtet an die, die ihren Einsatz brauchen und sie führt ihn auch zur politischen Aktivierung ihrer Wähler und Sympathisanten *nach* der Wahl.

Zur Zeit erarbeitet eine Programmkommission den Entwurf für ein neues Parteiprogramm, das im Jahr 2004 beschlossen werden soll. In den Auseinandersetzungen um dieses Programm und in der Kommission selber spiegeln sich unterschiedliche Auffassungen zur Strategie der Partei wider. Sie hängen eng mit der Frage einer Regierungsbeteiligung der Partei zusammen.

Es gibt Positionen, dass ein neues Grundsatzprogramm anderen Aufgaben im Wege oder im Widerspruch zur Tagespolitik stünde. Es wird gefordert, den Passus zu streichen, dass der Kapitalismus überwunden werden müsse. Es gibt verstärkt Auffassungen, dass es wieder an der Zeit sei, über Macht- und Eigentumsfragen, über Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie, über Funktion und Umgang mit Staatseigentum etc. zu diskutieren. Auf diesem Gebiet wird die Arbeit, auch im Rahmen der Programmdebatte, mit weiteren Analysen, Diskussionen, Berichten und Konferenzen fortgesetzt. *Eine pragmatische Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und strategische Zukunftsdebatten seien gleichzeitig möglich.* Bedenken gibt es hinsichtlich einer zunehmenden Gewichtung der Gleichstellungsfrage in Relation zur Klassenfrage, wobei davon ausgegangen wird, dass die Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft nicht aus der Klassenfrage abgeleitet und mit einer Lösung der ersten nicht auch die zweite aus der Welt geschafft werden könne, wie in der Arbeiterbewegung lange Zeit angenommen wurde.

¹³ ebenda, S. 32

Die Strategie, wie die *Zusammenarbeit mit der SAP* bis hin zu einer Regierungskoalition, auszugestalten ist, wird in der Linkspartei seit längerem kontrovers diskutiert. Eine gemeinsame Position besteht darin, eine bürgerliche Regierung zu verhindern.

Zum einen übte der sozialdemokratische Ministerpräsident wiederholt Druck auf die Linkspartei aus. Sie sollte sich von kommunistischen Strömungen und Klassenkampfrelikten in ihrem Parteiprogramm trennen, wenn sie regieren wolle. An eine Koalition sei auch wegen der „sicherheitspolitischen Glaubwürdigkeit“ des Landes nicht zu denken. Auch verlange die Linkspartei zu hohe Staatsausgaben.

Zum anderen belegten Untersuchungen zum Jahresausgang 2001, dass ca. 60% der Sozialdemokraten/Sympathisierenden für eine Beteiligung der Linkspartei an der Regierung waren. Von der schwedischen Bevölkerung insgesamt waren 44% dafür, 42% dagegen. Unter den Wählern bürgerlicher Parteien sprach sich die ganz überwiegende Mehrheit dagegen aus.

Während vor allem die Vorsitzende der Partei Gudrun Schyman, die zu den beliebtesten Politikerpersönlichkeiten des Landes gehört, die Regierungsbeteiligung schon auf dem Parteitag 1998 zum Wahlziel machen wollte, lehnte die Mehrheit dies ab. Statt dessen wurde ein Forderungskatalog für eine Tolerierung aufgestellt. Dabei ging es nicht darum, unter keinen Umständen in eine Regierung zu gehen. Parteimitglieder forderten aber, dass die SAP ihre aktuelle Politik ändern müsse. Auch auf dem Parteitag im Mai 2000 wurde durch die Mehrheit eine Passage aus dem Leitantrag des Vorstandes zur Regierungsbeteiligung gestrichen. Ende Mai 2001 übten ein Drittel des erweiterten Parteivorstandes und mehrere Reichstagsabgeordnete scharfe Kritik an der damaligen Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Regierung. Die Verhandlungsführer der Partei hatten ihr striktes „Nein“ zum Haushaltsentwurf der Regierung binnen zwei Tagen in Zustimmung verwandelt, ohne dass etwas im Sinne der Forderungen der Linkspartei geändert worden war. Es wurde gefordert, auf dem nächsten Parteitag die Position zur Regierungsbeteiligung gründlich zu revidieren.

Auf dem Parteitag im Januar 2002 wurde dann jedoch nicht mehr so sehr um das „Ob“, sondern eher um das „Wann“ und „Wie“ diskutiert. Ein Katalog mit inhaltlichen Mindestanforderungen für eine eventuelle Regierungsbeteiligung der Linkspartei, wurde diesmal von der Mehrheit abgelehnt. Aus der Parteiführung wurde mit dem Hinweis auf notwendiges Vertrauen gegen einen solchen Katalog und von Befürwortern eines solchen Beschlusses mit der Forderung nach deutlichen Botschaften an Mitglieder und Wähler argumentiert.

6. Für mehr Einfluss auf das Arbeitsleben

Sowohl in der parlamentarischen Arbeit der Linkspartei als auch darüber hinaus nehmen die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik und die Politik zur Humanisierung des Erwerbslebens breiten Raum ein. Dabei wird von der Einschätzung ausgegangen, dass der Arbeitsmarkt die Machtverhältnisse in der Gesellschaft widerspiegelt und dass eine Verminderung der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Arbeitslosen, für die in Arbeit Stehenden und für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse generell besonders wichtig ist. Nach Ansicht von Carl-Henrik Hermansson, langjähriger Vorsitzender und Reformator der Partei, einer der profiliertesten Forscher und z.Z. Vorsitzender des schwedischen Zentrums für marxistische Gesellschaftsstudien, müssten die Arbeitenden in allen Unternehmen *an ihren Arbeitsplätzen*, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsumwelt und die Lohngestaltung betreffend, *um mehr Macht kämpfen*. Auf diesem Wege könnte ein Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Alternative geschaffen werden – und zwar unabhängig von der

Eigentumsfrage. Er könnte sich vor allem kooperatives Eigentum vorstellen und hält die anfänglichen Arbeiterräte in Jugoslawien für einen richtigen Ansatz.¹⁴

Als Schwerpunkte zur Verminderung der Erwerbslosigkeit sieht die Linkspartei, die großen regionalen Unterschiede im Lande zu vermindern, hohe Teilzeitarbeitslosigkeit abzubauen und die Situation älterer Menschen und gering Ausgebildeter sowie der Einwanderer zu verbessern.

In der parlamentarischen Arbeit werden z.B. konkrete Vorschläge unterbreitet, bei der Aufstellung des Budgets bei einzelnen Politikfeldern *Konsequenzanalysen über die Auswirkungen politischer Entscheidungen für die Beschäftigungs- und Lebenssituation in den verschiedenen Regionen des Landes* vorzulegen. Die Regierung solle Voraussetzungen prüfen, regionale Beschäftigungsentwicklung und stärker selbstbestimmte Lebensweisen durch Stimulierung und Unterstützung von lokalen und regionalen Fonds von Produzenten zu fördern.

Viele Initiativen, konkrete Realisierungs- und Finanzierungsvorschläge sind zur *schrittweisen Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden* per Gesetz (und jeweils konkretisierende Abkommen zwischen den Arbeitsmarktorganisationen) unterbreitet worden; ebenso zur Reduzierung der Überstundenarbeit und für größeren Einfluss der Beschäftigten auf die Arbeitszeitgestaltung. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und einem erhöhten Beschäftigungseffekt seien durch Produktivitätssteigerungen möglich und sollten durch Verringerung von Arbeitgeberabgaben, also aus dem Staatsbudget, finanziert werden. Überstundenabbau sollte durch eine progressive Arbeitgeberabgabe im Verhältnis zum Umfang der Überstunden in dem jeweiligen Unternehmen stimuliert werden. Auf längere Sicht würden die vorgeschlagenen Maßnahmen auch eine Reihe positiver ökonomischer Effekte bringen. Die Linkspartei konnte ihre Vorschläge in Verhandlungen mit der Regierung Ende 2000 nicht durchsetzen, hält aber an einem 6-Stunden Arbeitstag ohne Lohneinbußen fest.

Die Linkspartei hat sich bei den im wesentlichen EU-konformen Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik der Regierung *gegen zunehmende außertarifliche Beschäftigung, Schuldzuweisungen und Zwangsmaßnahmen gegenüber Arbeitslosen und gegen Verschlechterungen ihrer finanziellen Situation* gewandt.

Sie setzt sich dafür ein, dass das Arbeitslosengeld wieder 90% des Arbeitseinkommens betragen und die Versicherungsbedingungen für kurzzeitig Beschäftigte, viele Frauen, Jugendliche und Einwanderer verbessert werden sollen.

Immer wieder unternimmt die Partei Vorstöße, um die *Lohndiskriminierung der Frauen und weitere Benachteiligungen im Arbeitsleben*, die mit der Systemwende in den 90er Jahren zugenommen hatten, *abzubauen*. Hier sind mit der Änderung des Gleichstellungsgesetzes im Jahr 2001, mit der Pflicht zur Offenlegung unbegründeter Lohnunterschiede auch in der Privatwirtschaft und mit der Setzung einer 3-Jahresfrist zur Beseitigung geschlechterdiskriminierender Unterschiede Voraussetzungen zur Veränderung geschaffen worden. Generell will die Partei den noch immer geschlechtersegregierten Arbeitsmarkt aufbrechen, um in der Gleichstellungspolitik insgesamt voran zu kommen.

Die Partei führt den Kampf *gegen die seit 1996 erfolgte rapide Verschlechterung des Arbeitsrechts für die Lohnabhängigen* als wesentlichen Bestandteil ihres Einsatzes gegen eine weitere Schwächung der generellen Position der abhängig Beschäftigten auf dem

¹⁴ Vgl. C.-H.Hermansson, Schattenseiten des Kapitalismus begrenzen – das ist nicht genug, in: Neues Deutschland v. 30.12.99

Arbeitsmarkt. Sie konnte aber auch als Stützpartei der Regierung den Negativtrend nicht aufhalten.

Generell ordnet die Linkspartei ihre Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in ihren *gesamtpolitischen Ansatz* ein und fordert z.B., die Wirtschaftspolitik nicht zu stark auf den Export, sondern stärker auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und auf den Binnenmarkt zu orientieren. So wurden u. a. Vorschläge für eine stärker nachfragestimulierende Steuer- und Verteilungspolitik und für Steuersenkungen im Dienstleistungssektor gemacht.

In der praktisch-politischen Tagesarbeit wird darauf hingewiesen, dass Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und rapide zunehmende prekäre Arbeitsverhältnisse ernsthaft nur durch eine Demokratisierung der ökonomischen Macht und den Kampf gegen unproduktives Kapital in Schweden und im internationalen Rahmen zu bekämpfen sind. Auch dazu werden konkrete Vorschläge unterbreitet. Insgesamt müsse der Einfluss der Gewerkschaften auf allen Ebenen wachsen, um auf diesen Politikfeldern voran zu kommen.

Möglicherweise sind in diesem Politikbereich der Einsatz der Partei für eine Milderung der unmittelbar brennenden Tagesprobleme der Unterprivilegierten und gleichzeitig das Bemühen, strukturelle Fragen einer in die Zukunft gerichteten Politik aufzunehmen, am deutlichsten sichtbar, damit verbunden: Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und Verknüpfung parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit.

7. Der Jugendverband der Linkspartei - selbständige Kraft der linken Bewegung

Die Junge Linke (Ung Vänster) wurde bereits 1903 als Schwedens Sozialdemokratischer Jugendverband gegründet, „revoltierte jedoch vom aller ersten Anfang gegen die Rechtswendung der alten Mutterpartei SAP.“¹⁵ und nannte sich seit 1921 Schwedens Kommunistischer Jugendverband. Er machte ähnlich wie die Kommunistische Partei Richtungskämpfe, Spaltungen, Niederlagen durch und ist seit 1991 als Junge Linke wirksam. Eher als die gesamte Partei drängte der Jugendverband auf eine Trennung von der „moskautreuen Linie“ und entwickelte zugleich antikapitalistische Kritik und entsprechende Positionen, enger geknüpft an unmittelbare Interessen der Jugend, weiter. Er intensivierte seine gewerkschaftlichen Aktivitäten und die Arbeit für Bildung und Ausbildung sowie den Einsatz für bessere Bedingungen Wehrpflichtiger. Frühzeitig hat der Verband mit alternativen und progressiven Kulturbewegungen, die in den 70er Jahren entstanden waren, zusammengewirkt und sich in internationale Solidaritäts- und Friedensbewegungen eingebracht, so gegen den Vietnamkrieg der USA, für das chilenische Volk nach dem Militärputsch gegen Allende, gegen das südafrikanische Apartheidregime, für den Kampf der Palästinenser für ihre Unabhängigkeit. Mit wachsender Kraft nahm der Jugendverband Themen wie Umweltschutz und Geschlechtergleichstellung auf.

Ung Vänster ist mit seinen ca. 13 000 Mitgliedern organisatorisch, programmatisch und von seinen Statuten völlig unabhängig von der Linkspartei und bildet wie der 1998 gegründete Studentenverband der Linken (Vänsterns Studentförbundet) einen der drei selbständigen Teile „derselben Bewegung“.

Das *Prinzipienprogramm* von Ung Vänster von 2001 (daneben existieren ein Handlungsprogramm und weitere Plattformen für verschiedene Politikfelder für die nähere Perspektive) bezieht sich für die Analyse der Gesellschaft und die Bestimmung politischer

¹⁵ Det unga gardet, ung vänster, Faktaserie 3/2000, S.49

Ziele ähnlich wie die Linkspartei auf marxistische und feministische theoretische Ansätze. Antifaschismus und Antimilitarismus werden als zentrale politische Aufgaben des Verbandes hervorgehoben.

Auf der Grundlage einer Definition von gesellschaftlichen Klassen in Abhängigkeit von ihrer Stellung in der Produktion (Eigentum von Kapital, Beschlussrecht über die Anwendung von Produktionsmitteln und Bestimmung über die Arbeitskraft anderer Menschen) und große Veränderungen *innerhalb* der schwedischen Arbeiterklasse berücksichtigend, geht das Programm davon aus, dass die Arbeiterklasse eine Mehrheit in der schwedischen Bevölkerung ausmacht und dass der grundlegende Interessenkonflikt zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie dem Kapitalismus als System innewohnt. Daraus würden auch in Schweden Unterdrückung und Ungleichheit hinsichtlich Macht und Einfluss in der Gesellschaft und unterschiedliche Möglichkeiten, sein eigenes Leben zu beeinflussen, erwachsen. Trotz aller positiven Veränderungen in der Tätigkeit des schwedischen Staates und des parlamentarischen Systems, hätten sich der Charakter des Staates und seine Funktion, die ökonomische Ordnung und die Macht der herrschenden Klasse zu festigen, nicht geändert. Besonders deutlich sei die ideologische Wirksamkeit des Staatsapparates um bei den Unterdrückten eine Akzeptanz der Macht der Herrschenden zu sichern.

Die Aufgabe des Jugendverbandes wird darin gesehen, „zusammen mit anderen progressiven Kräften, den täglichen Interessenkampf in einer gemeinsamen Strategie zusammenzuführen, um die Machtstellung der Bourgeoisie zu brechen und die Klassengesellschaft abzuschaffen.“¹⁶

Banken, Großunternehmen, strategisch wichtige Unternehmen müssten unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Gesellschaftsfonds und Arbeitnehmerfonds sollten zur Stärkung der Macht der Arbeitenden und des gesellschaftlichen Einflusses auf Produktion und Kreditversorgung genutzt werden. Unabhängig von Eigentumsformen müsse der Einfluss der Beschäftigten in den Unternehmen garantiert werden.

Zur Strategie des Jugendverbandes wird unter der Überschrift „Reform für Revolution“ ausgeführt, dass eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft nicht ohne Willen und Unterstützung der Mehrheit des Volkes, bekräftigt in allgemeinen und freien Wahlen, geschehen kann. Zugleich könne sie niemals nur auf dem Wege von Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems vonstatten gehen.¹⁷

Als Projekte von strategischer Bedeutung werden Reformen angestrebt:

- zur Einschränkung von Kapitalmacht durch Verstaatlichung von Banken, Großkonzernen etc.
- zur Stärkung von Macht und Rechten der Beschäftigten am Arbeitsplatz
- zur Stärkung und zum Zusammenhalt der Arbeiterklasse
- zur Schaffung von Allianzen von unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft

Sozialistische Reformen würden auf grundlegende Konflikte in der Gesellschaft hinweisen und Bewusstheit darüber schaffen und fördern. Forderungen nach Reformen, die im Rahmen des Kapitalismus nicht erfüllbar sind, könnten das Bewusstsein über die Begrenztheit des Kapitalismus fördern.¹⁸

¹⁶ Principprogram, antaget av Ung Vänsterns kongress 2001, S. 45

¹⁷ ebenda, S.50

¹⁸ ebenda, S. 51 f. und Nilsson, R.: Vänsterns roll i valrörelsen, in: Motviljan, Ung Vänster Skånes Interntidning,

Die vorherrschende bürgerliche Hegemonie habe sehr stark zur Entradikalisierung der Arbeiterbewegung und zur Vergrößerung der Kluft zwischen Führung und Basis beigetragen. Deshalb hätten sich viele Arbeiterwähler der Linkspartei zugewandt. Der Jugendverband sieht eine Aufgabe darin, zur Radikalisierung der Arbeiterbewegung beizutragen. Er betrachtet die Gewerkschaft als seinen natürlichen Bündnispartner.

Eine kämpfende und parteipolitisch ungebundene Gewerkschaftsbewegung, die sich aus der *Konfliktperspektive* für die Interessen der Arbeiter einsetzt sei von größtem strategischen Gewicht, sie könnte Voraussetzungen schaffen, die bürgerliche Hegemonie zu brechen. Die Hauptkraft für Sozialismus sei die schwedische Arbeiterklasse. Zugleich seien Allianzen zwischen ihr und Gruppen innerhalb der Mittelschichten, die ein objektives Interesse an einer sozialistischen Umwandlung haben, notwendig.

Des Weiteren wird eine *feministische Strategie* zur „Änderung des gesellschaftlichen Geschlechtervertrages“ durch politischen Kampf auf allen Ebenen und durch Stärkung und Formierung der Frauen als Gruppe verfolgt, um auf längere Sicht wirkliche und nicht nur formelle Macht zu erobern. Hier werden mit aller Entschiedenheit Orientierungen und Forderungen sowie praktische Politik der Mutterpartei, was u.a. die Stellung der Frauen im Arbeitsprozess betrifft, vertreten. Es gehe um ein Aufbrechen des geschlechtersegregierten Arbeitsmarktes, um gesetzlich festgelegte positive Sondermaßnahmen, um dies zu erreichen, es geht um die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, und um den Einsatz gegen ungerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

In diese Perspektive wird auch eine gesetzlich festzulegende Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen eingeordnet und deutlich gemacht, in welchem hohem Grade die Unterdrückung und Ungleichbehandlung der Frauen im Erwerbsleben, insbesondere der Arbeiterinnen, eine Frage des auszutragenden Klassenkonflikts und also gemeinsame Sache von Männern und Frauen sei.

Ebenso wird die Verteidigung des öffentlichen Sektors und eines generellen sozialen Sicherungssystems *auch* als eine strategisch wichtige Gleichstellungsfrage gesehen. Im öffentlichen Sektor hätten insbesondere Frauen ihren Arbeitsplatz und zugleich sind öffentliche, bezahlbare Sozial- und Pflegeeinrichtungen eine Voraussetzung dafür, dass Frauen nicht zurück an den Herd gezwungen werden.

Zugleich orientiert der Jugendverband auf den selbständigen feministischen Kampf unabhängig von Männern, „weil es sich um einen Interessenkonflikt handelt, den beide Gruppen nicht gewinnen können. Eine Erweiterung der Macht, des Einflusses, der Wirkungsräume, des Einkommens der Frauen bedeutet eine Einschränkung derselben für Männer. Männer als einzelne Individuen können bei einem feministischen Kampf gewinnen aber als Gruppe werden sie zum Vorteil der Frauen Raum verlieren. Deshalb ist die Junge Linke dafür, dass sich Frauen in gewisser Hinsicht besonders organisieren.“¹⁹

In diesem Bereich der Verknüpfung von Klassen und Geschlechterperspektive sieht der Jugendverband auch besonders Gelegenheit und Notwendigkeit, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg und mit Bewegungen Bündnisse einzugehen.

Entgegen dem aktuell verstärkten Trend zur Diskussion um Erziehung, Verhaltensmuster, Vorbild etc. orientieren die Jungen Linken auf eine stärker politisch als moralisch ausgerichtete Gleichstellungsdebatte.

nr. S – 2002, S.22 f.

¹⁹ ebenda, S.59

Ung Vänster strebe nicht wie in der Regel andere Jugendverbände politischer Parteien des Landes danach, in Parlamente gewählt zu werden, sondern unterstütze mit eigenen Wahlplattformen, Methoden der politischen Arbeit und eigenen Adressaten, eben der Jugend den Wahlkampf der Linkspartei und arbeite mit ihr auf den unterschiedlichen Ebenen zusammen. Wechselseitig würden auch unterschiedliche Auffassungen und Praktiken respektiert. Ein Mitglied der Reichstagsgruppe der Linkspartei und der zentralen Parteiführung berichtet z.B. des öfteren in der Zeitung des Jugendverbandes über Arbeit und Probleme der Partei im Parlament und er schließt mit dem Satz: „Keine Revolution ohne Reformen – keine beständigen Reformen ohne Revolution“.²⁰

Im Wahlkampf setzte sich der Jugendverband gemäß seinem Motto „aufwiegeln und organisieren“ über die Gewinnung von Stimmen für die Linkspartei hinaus die Ziele,

- mehr Jugendliche zu erreichen und zu organisieren,
- die Organisation des Verbandes zu stärken und die
- soziale Basis des Verbandes zu verbreitern.²¹

Die Tatsache, dass die Linkspartei bei der Wahl im September 2002 im Unterschied zu generellen Verlusten, gerade bei den Erst- und Jungwählern Stimmen gewinnen konnte, spricht für den Erfolg der Strategie des Jugendverbandes.

In Auswertung der Wahl im Jugendverband wurde zudem konstatiert, dass er auch hinsichtlich der anderen Ziele ein Stück weiter gekommen sei. Während in den vergangenen Jahren die Jugendverbände der bürgerlichen Parteien und bis vor kurzem auch der Sozialdemokratie an Zulauf verloren hätten, konnten die Jungen Linken Mitglieder gewinnen.

Ihre *Hauptaufgabe* sieht die Jugendorganisation darin, innerhalb der im Volk verankerten Bewegungen zu arbeiten. Jedes Mitglied solle in dieser Weise aktiv sein und der Verband selbst arbeitet in Allianzen und Netzwerken, verstärkt auch in Bewegungen und Initiativen gegen die neoliberale Globalisierung und zum Beispiel in regionalen und örtlichen „Sozialforen“, Attac-Gruppen, antirassistischen Initiativen etc. mit. Größter Wert wird auf verschiedenste Formen jugendgemäßer Bildungsarbeit gelegt.

Der Verband strebt als einem wichtigen Prinzip seiner politischen Massennarbeit danach, möglichst breite auch blocküberschreitende Handlungsalternativen und Aktionen zustande zu bringen, *ohne* die politischen Forderungen „auszudünnen“.

In seiner landesweiten Zeitung „RÖD PRESS“, in der Mitgliederzeitung „RAK VÄNSTER“, die mit sechs bis acht Nummern im Jahr herauskommen, sowie in Zeitungen auf Provinzebene leben diese Zielsetzungen in vielen lokalen Berichten, kritischen Debatten, grundsätzlichen Orientierungen, theoretischen Beiträgen, Rezensionen, Aufrufen etc. entsprechend der Feststellung aus dem Programm: „Der tägliche Kampf im Alltag ist die wichtigste Quelle für das Erkennen der Widersprüche in der Gesellschaft.“ Erfahrungen daraus seien wiederum eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Einsatz für das Ziel.²² (Übrigens gilt für die Mitgliederzeitung, dass jedes Mitglied das Recht hat, dass sein eingesandter Beitrag veröffentlicht wird.)

²⁰ Larsson, K., in : Rak Vänster, 6/2001, S.25

²¹ Vgl. Nilsson, R., a.a.O., S.23

²² Principprogram , S.60 f.

8. Die Umweltpartei Die Grünen und Veränderungsstrategien

Möglichkeiten und Grenzen der politischen Wirksamkeit der Linkspartei werden durch die Position der Umweltpartei Die Grünen (Mp) beeinflusst, und umgekehrt hat diese Partei im Zusammenwirken mit der Linkspartei ihren Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung erhöht. Sie ist die kleinste der im Reichstag vertretenen Parteien und hat bei den letzten Wahlen nur knapp die 4%-Sperrschwelle durchbrochen (s. Anhang). Die Umweltpartei ist aus der Anti-Kernkraftbewegung hervorgegangen und erst 1981 gegründet worden. Selbst ordnet sie sich nicht auf einer rechts– links- Skala der Parteien ein, wird aber gewöhnlich dem „sozialistischen Block“ von Sozialdemokratie und Linkspartei zugerechnet. Bei verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung wie Arbeitsrecht, Kündigungsschutz u.a. nimmt sie eher bürgerliche Positionen ein. Nach der Wahl in diesem Jahr war sie bestrebt, in einer bürgerlichen Mitte-Regierung mitzuarbeiten, weil G. Persson ihr Ministerposten versagte. *Längerfristig wird in der Partei eine rot-grüne Zusammenarbeit, auch in einer Regierung, für möglich gehalten.* In der Parteibasis gibt es jedoch Widerstand gegen den Regierungskurs, weil befürchtet wird, dass die Partei ihren Charakter als Alternativbewegung und Anti-Partei „wegkompromisst“.

Im *Programm* der Partei heißt es: „Der Mensch ist zuerst ein biologisches, soziales und geistiges Wesen, nicht ein ökonomisches. Um unsere menschliche Würde wieder erobert zu können, muss die Wirtschaft ökologischen, demokratischen, sozialen und kulturellen Zielen unterstellt werden. Wir dürfen Entscheidungen über unsere Zukunft weder politischen und bürokratischen Eliten noch selbstlaufenden ökonomischen Kräften überlassen, deren einziges Ziel darin besteht, Geld zu verzinsen.

Wir wollen, dass die Demokratie wieder erobert und entwickelt wird. Das geschieht am besten durch erhöhte Teilnahme.“²³

Von ihren konsequent demokratischen emanzipatorischen Grundpositionen ausgehend, fordert die Partei den *Austritt Schwedens aus der EU und den Nichtbeitritt zum Euro-Währungsgebiet*. Die Volksabstimmung zum Euro sollte Regierungsvorstellungen widersprechend, erst 2006 stattfinden, weil dann die Auswirkungen in den bereits beigetretenen Ländern erkennbar sein würden. Bei den Abstimmungen im Reichstag im Juni und im November dieses Jahres zur Übertragung von Hoheitsrechten des Parlaments auf die EU haben alle Abgeordneten der Grünen gegen diesen Beschluss gestimmt.

Die Neutralitätspolitik des Landes soll wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden. Neutrale Länder würden mehr denn je für humanitären und konfliktvorbeugenden Einsatz gebraucht. Die Grünen treten für eine totale militärische Abrüstung und dafür ein, dass Schweden seinen Waffenexport einstellt.

Sie verlangen eine Begrenzung der Beweglichkeit des internationalen Kapitals, treten für die Tobinsteuer ein, für die Unterstellung des Welthandels unter ökologische und soziale Spielregeln und für den Stop von Importen von Waren, die umweltwidrig oder unter sozial inakzeptablen Umständen hergestellt werden.

Die reichen Länder müssten ihre Politik so ändern, dass sie selbst weniger Ressourcen der Erde verbrauchten, damit die armen Länder mehr Raum für ihre Entwicklung hätten. Die Entwicklungshilfe soll erhöht werden, für Schweden zunächst auf 1% vom BNP.

Von einem grundlegenden Gesellschaftsprinzip der Solidarität im Innern wie nach außen ausgehend, sollten ökonomisch besser gestellte Mitglieder der Gesellschaft auch mehr als

²³ Ett grönt Sverige, Kurzfassung, S.2

gegenwärtig zum gemeinsamen Sektor beitragen. Kinder-, Altenfürsorge, Schule und Gesundheitswesen sollten „in der Hauptsache öffentlich und solidarisch finanziert“ und keine von Gewinninteressen gesteuerte „Geschäftsidee“ sein.

Eine wichtige Rolle in der mittelfristigen Politik der Grünen spielt der Begriff der *Lebensqualität im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit* und besseren Möglichkeiten des Einzelnen, seine Lebenszeit selbstbestimmter zu gestalten.

Die sozialen Scherungssysteme sollen von der strengen Kopplung an Lohnarbeit befreit und schrittweise eine Grundsicherung für alle, unabhängig von bisherigen Beitragssystemen, eingeführt werden. Alle sollen ein Recht auf Arbeit haben, aber man spreche lieber von einer vernünftigen Versorgung für alle als von Vollbeschäftigung. Arbeit soll vernünftig aufgeteilt aber „Lohnarbeit soll nicht das Zentrale im Leben sein und die Strukturen der Gesellschaft, Systeme und Normen sollen nicht in einseitiger Anpassung an die Rolle des Menschen als Lohnempfänger entwickelt werden. Wir wollen, dass die Menschen Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl auf bedeutend breiteren Grund bauen können.“²⁴ Künftig müsse den Bedürfnissen und dem Recht der Kinder auf mehr Zeitzuwendung für Fürsorge und Liebe u.a. durch Verbesserung der Bedingungen für die Elternzeit, durch eine Humanisierung der Arbeitswelt, die Beendigung der Lohndiskriminierung für Frauen und durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 35-Stundenwoche spätestens 2006 entsprochen werden.

Die *Strategie der Umweltpartei Die Grünen hinsichtlich Wirtschafts- und Umweltpolitik* geht davon aus, dass ökonomisches Wachstum kein politisches Ziel sein könne, da es nur ein Maß für die Größe nicht aber für die Qualität der Wirtschaft sei. Plädiert wird für eine „Kreislaufwirtschaft“, in der die Endlichkeit der Ressourcen und Überlebenserfordernisse auch kommender Generationen eine zentrale Rolle spielen. Durch politische Beschlüsse müsse der Rahmen bestimmt werden, in dem der Markt über Produktion und Konsumtion entscheidet. Ökonomische Steuerungsmittel sollen so eingesetzt werden, dass sich für Unternehmen und Menschen lohnt, d.h., dass für sie billig ist, was auf lange Sicht Nachhaltigkeit befördert. Was dem entgegen wirkt, soll teuer, was direkt gefährlich ist, verboten werden. In diesem Sinne soll auch die Steuerpolitik stärker als ökonomisches Steuerungsmittel für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden.

In Fragen der Umwelt-, der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik stimmen die Positionen von Linkspartei und Umweltpartei weitgehend überein.

Die Umweltpartei Die Grünen vertritt noch *basisdemokratische Züge einer Bewegung und Reste eines Anti-Partei-Verständnisses. Sie verfolgt sehr konkrete Forderungen zur Entkrustung und demokratischen Erneuerung des politischen Systems.*

Demokratie könne ohne Offenheit nicht funktionieren, auch nicht ohne Kontrolle der ökonomischen und politischen Machthaber durch den normalen Menschen. Deshalb müsse das schwedische Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung verteidigt und erweitert, statt geschwächt und eingeschränkt werden.

Das *aktive und passive Wahlrecht soll generell auf 16 Jahre gesenkt werden.* In allen staatlichen Untersuchungsgremien und politisch zusammengesetzten Ausschüssen und Leitungen sollen per Gesetz Frauen und Männer zu gleichen Teilen vertreten sein. Politische Arbeitsformen sollen so verändert werden, dass mehr Menschen teilnehmen können, ohne Familienleben und andere Werte zu opfern. Neue Regeln sollen *politische Ämterhäufung und lebenslanges Berufspolitikertum verhindern.* Spätestens nach drei Mandatsperioden müssten politische Ämter aufgegeben werden. Der Schutz für alte Parteien durch die 4%-Klausel soll aufgehoben werden. Die direkte Demokratie soll auf allen Ebenen einen völlig neuen

²⁴ ebenda

Stellenwert bekommen. Von der kommunalen bis zur zentralen Ebene *sollen beschließende Volksabstimmungen möglich sein, wenn mindestens 5 % der jeweiligen Bürger dies fordern*. Jede Verfassungsänderung soll durch eine obligatorische beschließende Volksbefragung entschieden werden.

Wer in Schweden wohnt, soll unabhängig davon, wo er geboren ist, gleiche Rechte und Pflichten haben. Einbürgerung soll nach drei Jahren Aufenthalt im Lande möglich sein.

Schließlich gehen die Grünen davon aus, dass „die besten Voraussetzungen für wirkliche Demokratie“ durch ein „breit gestreutes und verantwortungsvolles“ Eigentum gegeben sind. Deshalb wollen sie Unternehmen in genossenschaftlichem und Direkteigentum der Produzenten in einer mehr sozial funktionierenden Wirtschaft stimulieren.

9. Zusammenarbeit von Linkspartei und Umweltpartei mit sozialdemokratischen Regierungen seit 1998

Probleme einer (wie auch immer gearteten) Zusammenarbeit mit einer sozialdemokratischen Regierung waren mit wachsender Akzeptanz und zunehmendem Einfluss der Linkspartei im letzten Jahrzehnt einerseits und dem nach schweren Wahlverlusten 1998 erfolgten teilweisen Einschwenken der Sozialdemokratie auf mehr traditionelle sozialdemokratische Positionen andererseits, auf die Tagesordnung praktischer Politik gesetzt worden.

Von 1998 bis 2002 hat die Linkspartei gemeinsam mit der Umweltpartei auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, gerechte Verteilung, Gleichstellung und Umwelt zusammengearbeitet. In Fragen der EU-Politik, Beitritt zum Euro, Außen- und Sicherheitspolitik war ein Zusammenwirken wegen grundsätzlicher Differenzen von Anbeginn ausgeschlossen worden.

In einem detaillierten *Bericht der Linkspartei über diese Zusammenarbeit* wird ausgeführt, inwieweit sie dazu beitragen konnte, die Regierungspolitik nach links hin zu beeinflussen. Steuereinnahmen der Kommunen und auch die staatlichen Beiträge an sie konnten erhöht werden, was direkt der Sozialpolitik zugute kam. Die offene Arbeitslosigkeit wurde von 6,5 auf unter 4 % gesenkt. In der Steuerpolitik konnten schlimmste Einschnitte zu Lasten von Lohnabhängigen wieder abgemildert werden. Durch ein novelliertes Gleichstellungsgesetz soll mit größerer Konsequenz etwas für mehr Lohngerechtigkeit für Frauen durchgesetzt werden. Die Entwicklungshilfe wurde aufgestockt und im Jahr 2004 soll sie 1% des BNP betragen.

Als besonders problematisch wurden der Budgetprozess selbst und zu späte Informationen durch das Finanzministerium sowie bestimmte Formen der Zusammenarbeit eingeschätzt. Dies habe sich sowohl auf Möglichkeiten der Einflussnahme als auch auf den innerparteilichen demokratischen Prozess in der Linkspartei negativ ausgewirkt.²⁵ In der Wahlplattform der Linkspartei für 2002 wurde eingeschätzt, dass eine neue linke Mehrheit eine „bedeutend radikalere Politik als bisher“ verwirklichen müsse.

Die *Umweltpartei verweist bei Erfolgen ihrer Zusammenarbeit* mit der sozialdemokratischen Regierung auf Steueränderungen und höhere Posten im Budget zugunsten des Umweltschutzes, auf die Erhöhung der Entwicklungshilfe, auf Experimente mit einem freien Jahr für Erwerbstätige, wenn dafür Arbeitslose eingestellt werden, auf eine Senkung der Mehrwertsteuer für Bücher und auf härtere Maßnahmen gegen gesellschaftliche Diskriminierungen verschiedener Art. Es sei eine aktivere Debatte über Zukunftsfragen

²⁵ www.vansterpartiet.se/viriksdag/6898.cs

geführt worden. Gemessen an der Anzahl ihrer Mandate im Reichstag habe die Partei in Debatten und im Beschlussprozess viel erreicht. Selbstverständlich stellt sie fest, dass sie sich mehr erhofft hatte.²⁶

Nach der Wahl im September 2002 arbeiten Linkspartei und Umweltpartei erneut mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zusammen. In ihrer Vereinbarung „121 Punkte für ein sichereres, gerechteres und grüneres Schweden“ vom 4. Oktober 2002 erklären sie: „Wir wollen zusammenarbeiten mit einer deutlichen Politik für ein grünes, gleichgestelltes Volksheim, in dem nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und sichere Wohlfahrt von technischer Entwicklung, moderner Umstellung und verringerten Gräben vorwärts getrieben werden“.²⁷ Mit dem „Volksheim“ als spezifisch schwedischem Terminus für das Wohlfahrtsstaatsmodell seit den 30er Jahren wird unter schlechter gewordenen Gesamtbedingungen dennoch an dieser Tradition, vor allem auch sozialpsychologisch, anzuknüpfen versucht.

Die Linkspartei schätzt ein, dass in dem Übereinkommen große Teile von ihrem Wahlmanifest und weiterentwickelte Formen für die Zusammenarbeit enthalten sind. Damit sei es möglich, Einfluss und Durchschlagskraft der Partei auf die Politik zu erhöhen. Die Grünen hatten insbesondere auf einer Stärkung des Eisenbahnwesens, Reduzierungen im Militärhaushalt und einer Überprüfung der Zusammenarbeitsformen nach zwei Jahren bestanden.

In dieser *Vereinbarung zur Zusammenarbeit* sind u.a. enthalten:

- bis 2004 soll ein Beschäftigungsgrad von 80% erreicht werden
- die permanente Finanzierung des öffentlichen Sektors wird prioritiert
- Änderungen des Steuersystems für mehr umweltgerechtes Verhalten
- gesondertes, sehr konkretes sozialpolitisches Reformprogramm bis 2004, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien
- falls Steuersenkungen möglich würden, sollten Lohnabhängige und Kleinunternehmen bevorzugt werden
- Kürzung von Verteidigungsausgaben
- Aufstellung eines nationalen Handlungsplans zur Überwindung geschlechtsdiskriminierender Lohnunterschiede
- Lösung der schweren Milieuprobleme für Schweden in dieser Generation
- aktiver Beitrag zu nachhaltiger globaler Entwicklung
- Einrichtung eines nationalen Zentrums zur Förderung von Produkten und Dienstleistungen im Bereich der Umwelttechnik und zum Export auf diesem Gebiet
- Weitere Verbesserungen für Elternurlaub in Länge und finanzieller Absicherung
- Mehr Lehrer und weiteres Personal für Schulen und Vorschule
- Verbesserung der Situation armer Kinder in Schweden
- Verbesserung der Pflege- und Fürsorgesituation; Krankenhäuser dürfen nicht gewinnorientierten Privatunternehmen überlassen werden

²⁶ Miljöpartiet de Gröna – Tre år av grönt samarbete med rött – klara gröna framgångar!, www.mp.se

²⁷ Hundratjugoen punkter för ett tryggare, rättvisare och grönnare Sverige, 4 oktober 2002, www.regeringen.se

- Humanisierung des gesamten Arbeitslebens mit starkem Einfluss der Arbeitenden selber, Minderung von Stress, Arbeitshetze, psychischen Verschleißerscheinungen und Frühinvalidität
- bis 2008 Halbierung der Anzahl der Krankheitstage²⁸

Außen-, Verteidigungs-, Sicherheits- und EU-Politik sind weiterhin von der Zusammenarbeit ausgenommen, soweit sie nicht budgetrelevante Fragen oder Fragen der vereinbarten Sachgebiete betreffen.

Die *Formen der Zusammenarbeit* werden laut Übereinkommen erweitert. Es soll monatliche Beratungen zwischen den Führern der drei beteiligten Parteien geben. Die Stützparteien bekommen jeweils ein Koordinierungsbüro im Finanzministerium, denen auch Untersuchungsressourcen zugänglich sein sollen. Die Milieupartei soll politisch Sachkundige in das Umwelt-, das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium entsenden und die Linkspartei entsprechende Vertreter in das Finanzministerium und weitere Departements auf Gebieten der Zusammenarbeit.

U.a. für strategische Fragen, Verwaltung und staatseigene Unternehmen sollen gemeinsame Arbeitsgruppen eingesetzt werden. Schließlich soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe nach zwei Jahren die Formen der Zusammenarbeit auswerten, Veränderungsvorschläge unterbreiten und den Parteivorsitzenden zur Beratung vorlegen. Dann könnte entschieden werden, die Zusammenarbeit in den festgelegten Formen fortzusetzen, Koalitionsverhandlungen einzuleiten oder die Zusammenarbeit abzubrechen.

10. Diskussion und Kritik

Was die Linkspartei betrifft, so werden in der Basis, in Parteigruppen und auf Parteikongressen, in der Mitgliederzeitung der Partei „Vänsterpress“, in regionalen und lokalen Blättern, aber auch in der traditionsreichen 1906 als „Norrskens Flamman“ gegründeten nunmehr Unabhängigen Sozialistischen „Flamman“ und wohl noch stärker in „Proletären“, der Zeitung der Kommunistischen Partei–KPML(r), sowie im Organ von Schwedens Kommunistischer Partei „Riktpunkt“ im Kontext mit Analyse und Kritik der sozialdemokratischen Regierungspolitik auch die Politik der Vänsterpartiet im Reichstag und ihre Zusammenarbeit mit der Regierung diskutiert, kritisch begleitet, getadelt, konkretes Abstimmungsverhalten oder Entscheidungen, zum Teil die gesamte „Regierungsstrategie“ abgelehnt bzw. alternative Wege und Forderungen an die Partei formuliert.

Es wird deutlich, in welchem Maße und in welcher Art und Weise die Regierungszusammenarbeit der Linkspartei eine Herausforderung an die gesamte Partei und an alle Strömungen und Gruppierungen der antikapitalistischen Bewegung des Landes beinhaltet. Ersichtlich wird die absolute Notwendigkeit einer konstruktiven Debatte und Kritik unterschiedlicher Auffassungen und Gewichtungen strategischer Ansätze und politischer Praktiken. Aus verschiedenen Ebenen und Sichten kommt ein unerschöpflicher Quell produktiver Verarbeitung von Erfahrungen. Unverzichtbar sind: Vielfalt und Solidarität im Lern- und Suchprozess. Verallgemeinerungsfähiges erscheint im Einzelnen und Besonderen.

In dem vom Parteikongress der Linkspartei 2000 angenommenen Dokument heißt es: *“Wenn die Partei keine ideologische lebendige Debatte und keine eigene Theoriebildung hat, riskieren wir, in einer Situation zu landen, in der wir nur eine im Grunde bürgerliche Politik*

²⁸ ebenda

administrieren.“²⁹ Es wird gefordert, neue Methoden zu entwickeln, wie parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit einander unterstützen können, wie etwa bei der Kampagne für die Verkürzung der Arbeitszeit, wo neue Bündnisse und Netzwerke entwickelt worden seien. Auch in Auswertung der Erfahrungen anderer europäischer linker Parteien in Regierungen wird aus der Parteiführung eingeschätzt, dass es außerordentlich schwierig sei, im Parlament eine linke Politik zu betreiben, wenn es keinen Druck von außen gäbe. Man müsse sich wieder auf klassische Basisarbeit einrichten, war eine Schlussfolgerung aus einem internationalen Erfahrungsaustausch über linke Parteien und Regierungszusammenarbeit in diesem Jahr in Stockholm.³⁰

Kritisiert wird eine zu starke Fixierung der letzten Parteikongresse der Linkspartei auf parlamentarische Arbeit und auf die Regierungsfrage, wodurch Diskussionen zu Politikinhalt zum Teil gelähmt worden seien. Auch in Auswertung der Wahl 2002 wurde in Lokalorganisationen und in der Parteiführung eine zu starke Orientierung und Konzentration auf die Regierungsfrage und eine zu große Ähnlichkeit mit der rhetorisch radikaler aufgetretenen Sozialdemokratie als eine Ursache der Wahlverluste von ca. 30 % der Stimmen bemängelt. *Viele Arbeiterwähler hätten lieber das Original statt die Kopie gewählt.*³¹ Nicht Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie schlechthin wird vielfach in Frage gestellt, sondern kritisiert, dass die sozialdemokratische Regierung ihre Stützparteien für ihre Zwecke ausnutzen würde.³² Bei allem Stolz, „Verantwortung zu übernehmen“, was regierungstauglich bedeuten solle, müsse zuerst gefragt werden: „Verantwortung übernehmen, wofür?“³³

Unverständnis wird in Auswertung der Wahl von 2002, darüber geäußert, dass in den Wahlkämpfen keinerlei Kritik mehr an der Politik der Sozialdemokratie geübt worden sei. Generell würden die auf eine noch engere Regierungszusammenarbeit orientierten Kräfte in der Parteileitung und in der Reichstagsfraktion mit einem Kniefall vor der Sozialdemokratie nicht nur der Partei schaden, sondern auch große Teile der Arbeiterklasse enttäuschen, wenn die Linke aufhört, links zu sein. Göran Persson habe mit dem letzten Übereinkommen mit Linkspartei und Umweltpartei vor der Volksabstimmung zum Euro-Beitritt Servilität gezeigt, um die Anti-Euro-Bewegung zu neutralisieren. Das Kapital werde seinerseits vor der Euro-Abstimmung die Arbeiterbewegung nicht herausfordern. Diese Strategien müssten entlarvt statt verschleiert werden.³⁴

Forderungen, die das Profil der Partei in früheren Wahlkämpfen ausmachten und gerade Fragen, bei denen die Sozialdemokratie nach rechts rückt, wie hinsichtlich EU und Außenpolitik, müssten wieder deutlich focusiert werden. Es wird gefragt, warum Forderungen aus der Wahlplattform, auf die man sich geeinigt hatte und die für Gewerkschafter so wichtig seien, wie die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 90%, aus dem Wahlkampf verschwunden seien. Dasselbe gelte hinsichtlich des Kampfes um das Arbeitsrecht, die Verkürzung der Arbeitszeit u.a. Es wird, bezogen auf den letzten Wahlkampf, resümiert: *„Klassenfragen sind im Wahlkampf weggefallen....Es ist deutlich, dass wir keine sozialistische Strategie haben. Diese Diskussion muss jetzt in Gang kommen.“*³⁵

²⁹ Socialistisk Offensiv, S.9

³⁰ Flamman v. 26.9.2002

³¹ Vänsterpress, Nr. 9/2002

³² Flamman, v. 19.7.2001

³³ Flamman, v. 2.10.01

³⁴ Proletären, Nr. 38, v. 19.-25.9. 2002

³⁵ Vänsterpress, Nr. 10/2002, S. 13

Vielfach wird gefordert, generell die Konfliktlinien, die Konfliktperspektive der Gesellschaft und ein insgesamt systemkritisches Verhalten wieder stärker in den Mittelpunkt auch der öffentlichen Debatten zu stellen. Fragen des Umgangs mit staatlichem Eigentum, des Zusammenhanges von Macht und Eigentum dürften in der Partei nicht länger verdrängt werden.³⁶

Da die Mehrheit der Bevölkerung den Wohlfahrtsstaat aber nicht Sozialismus wolle, müsste in und mit der Öffentlichkeit wieder *offensiv geklärt werden, dass eben auch Verteilungspolitik öffentliches Eigentum und strukturelle Veränderungen brauche.*

Für Kraft und Veränderungspotential der Linkspartei seien die Nähe zur Regierung und die Stimmenmaximierung nicht so entscheidend, sondern Respekt und Stärke aus der Übereinstimmung mit viel mehr Bürgern, die deutlich mehr linke Politik wollten als es bisherige Wähler der Partei gäbe. Mit der Wahl der Bevölkerung 2002 gegen eine bürgerliche Regierung sei der Auftrag an die Linkspartei gestellt, auf wirkliche Veränderungen in der Machtverteilung in der Gesellschaft zu drängen. Linkswähler seien für „krumme Sachen“ und „doppeltes Spiel“ besonders empfindlich. Es gehöre zum Schlimmsten, jetzt Vertrauen zu verlieren. Wenn nun nicht wirklich Gräben zwischen Klassen und Geschlechtern vermindert werden könnten, wachse die *Gefahr einer vielleicht sehr starken Rechtsentwicklung* im Lande.³⁷

Generell wird angemahnt, deutlicher Kompetenzfelder der Partei und konkrete für Mitglieder und Adressaten der Parteipolitik klar erkennbare Forderungen *einheitlich* von Parteiführung, Reichstagsfraktion, führenden Genossen, und allen Parteimitgliedern zu vermitteln. Im Wahlkampf 2002 habe jeder seine eigene Politik vertreten, die Führung in ihrer Gesamtheit habe die Verantwortung für das politische Profil nicht wahrgenommen.³⁸

In der Parteiführung bestand in Auswertung der Wahl 2002 weitgehend Einigkeit darin, dass vor allem organisatorische Mängel den Wahlkampf gekennzeichnet hätten. Die Partei hätte ihr Vermögen eingebüßt, sich selbst für ihre eigene Politik auszubilden, statt dessen sei sie dem Agieren der Medien ausgeliefert gewesen. Es wurde beschlossen, einen *Vorschlag für eine Parteireform zu erarbeiten*. Einsatz und Erfolg der Jungen Linken mit einem übergreifenden Plan und entsprechenden einheitlichen klaren Handlungslinien wurden gewürdigt.³⁹

Es wird Auffassungen aus der Parteiführung entgegengetreten, dass die alten Volksbewegungen der Arbeiterbewegung, die Schweden geprägt hätten, wie Gewerkschaften, Mieterverbände, Arbeiterbildungsvereine, Sportvereine etc. nicht mehr existieren würden und die *Partei sich zu einer neuen modernen Volksbewegung entwickeln sollte*, in der alle Ansichten und Initiativen vertreten und respektiert wären und das Parlamentarische so durch außerparlamentarische Arbeit ergänzt würde. In dem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die aktive Mitwirkung der Linkspartei in den existierenden Volksbewegungen seit den 70er Jahren beträchtlich abgenommen habe. Statt die Bewegungen für tot zu erklären und politische Allianzen *innerhalb* der Partei sammeln zu wollen, sollte die Partei wieder eine aktive Massenarbeit in ihnen betreiben. Als Partner von Bündnissen gegen

³⁶ s. FN 31

³⁷ Vgl. Etzler, A. Vänstern får inte tappa förtroendet, in: Flamman, v. 19.9.2002, der Autor ist Verfasser eines in der Linken diskutierten Buches zur Strategie der Linken: Ta det tillbaka

³⁸ Flamman, Leitartikel v. 17.9.2002

³⁹ Vgl. Vänsterpress, Nr. 9/2002

Rechts sollte die Partei in bestimmten Fragen lieber ihr politisches Profil schärfen als es zu verbreitern.⁴⁰

Mehr parlamentarischer Einfluss und Zusammenarbeit mit der Regierung erfordere mehr innerparteiliche Demokratie, Widerstand gegen Karrierismus, generell die Entwicklung und Erneuerung der innerparteilichen Arbeit, der Bildungstätigkeit und einer ideologischen Offensive, insgesamt das Begreifen der Partei als Instrument zur Veränderung der Gesellschaft. Wenn in der Politik in etablierten Strukturen immer wieder gegen Wahlversprechen verstoßen werde, untergrabe dies Vertrauen sowohl in die Führung als auch in innerparteiliche Demokratie. Innerhalb der Partei müssten Ideen und konkurrierende Gedanken willkommen sein und dynamisch diskutiert werden. Macht brauche auch innerhalb der Partei Gegenmacht. In Auswertung der Wahl 2002 verwahrten sich Parteimitglieder unter Bezugnahme auf eine Einschätzung der Vorsitzenden dagegen, aus Niederlagen Erfolge zu machen oder einseitige Wertungen vorzunehmen.⁴¹ Deutlich wurde kritisiert, dass seitens der Parteiführung weder in der Mitgliederzeitung noch in „Flamman“ oder anderweitig eine Diskussion zur Wahlplattform 2002 eingeleitet worden sei und im Vorfeld keine Änderungsanträge zur Plattform an den Parteikongress hätten gestellt werden können. Sehr viele Delegierte, die reden wollten, seien auch auf dem Kongress nicht zu Wort gekommen.⁴²

Als äußerst nachteilig wird empfunden, dass zu wesentlichen Fragen die *praktische Politik der Partei in etablierten Strukturen auf Landes-, Provinz- und kommunaler Ebene*, und auch das Stimmverhalten von Mandatsträgern im Reichstag und in seinen Ausschüssen sowie in der Regierungszusammenarbeit zu *oft im Widerspruch zu Erklärungen des Parteivorstandes, zu Dokumenten und Konferenzen, zu Reden von Funktionären, und zu Parteibeschlüssen stehen würden*. So hätten im Reichstag bei Abstimmungen zur Abtretung von Hoheitsrechten des Parlaments an die EU im Juni 2002 17 Vertreter der Linkspartei, die erklärter Gegner der EU ist, dafür oder als Abwesende nicht dagegen gestimmt. 1999 habe es kein einheitliches Verhalten gegen Beschneidung von Tarif- und Kampfrechten der Lohnabhängigen gegeben. Gegen einen ausdrücklichen Parteitagbeschluss sei der Privatisierung von wichtigen Staatsunternehmen (Telia), Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen etc. zugestimmt worden. Entgegen allen früheren Positionen zur Abwicklung der Atomwirtschaft ab 2005 habe die Linkspartei zugestimmt, dass die Kraftwerke weiterlaufen, solange sie profitabel sind.⁴³

Aus der faktischen Politik, die die Partei betreibe, werde deutlich, welche Ansichten in der Linkspartei überwiegen würden und dass sie kein zuverlässiges Gegengewicht gegen die Rechtspolitik der Regierung sei.⁴⁴

11. Weitere strategische Elemente

Die grundsätzliche Orientierung der Linkspartei, bürgerliche Regierungen zu verhindern und zu versuchen, eine noch schnellere und rücksichtslosere marktliberale „Europäisierung“ des Landes wesentlich durch Regierungszusammenarbeit mit der Sozialdemokratie aufzuhalten und soziale Verschlechterungen der 90er Jahre abzumildern, ist in den letzten Jahren in der Partei sicher stärker ausgeprägt worden. Zugleich werden Probleme und Nachteile mit dieser Strategie zunehmend deutlich: sowohl hinsichtlich der *tatsächlichen*

⁴⁰ Flamman, Nr. 39 v. 7.10.1999

⁴¹ Vänsterpress, Nr.10/2002, Nr. 11/2002

⁴² Flamman, v.11.11. u. 20.12.2001

⁴³ Flamman, Nr.44, v. 11.11. 1999, Flamman v.20.6.2002

⁴⁴ Riktpunkt, v.13.6.2000, S. 2

Gestaltungsmöglichkeiten staatlicher Politik im Sinne der Zielsetzungen der Partei als auch hinsichtlich ihres Einflusses unter Anhängern, Wählern und zu Gewinnenden. Aber die Partei in ihrer Gesamtheit verfolgt komplexere Strategien

Unter anderem im Zusammenhang mit dem Ausschluss der EU-, Außen- und Sicherheitspolitik von der vertraglichen Zusammenarbeit mit der Regierung wird deutlich, *dass die Linkspartei auch die strategische Orientierung einer kraftvollen außerparlamentarischen, mit Bewegungen und Initiativen verbundenen und vernetzten Strategie verfolgt und in welchem kompliziertem Wechselverhältnis der Sinn einer Regierungsstrategie gerade davon abhängt.*

In Vorbereitung auf die im September 2003 stattfindende Volksbefragung zum Beitritt des Landes zum Euro-Währungsgebiet hat die Partei gleichzeitig mit inhaltlichen Positionen gegen den Beitritt und mit ihrer entsprechenden Antragsarbeit im Reichstag auch ihre Forderungen hinsichtlich des Prozederes der Volksbefragung öffentlich gemacht.

Die Vorsitzende hat gefordert, dass finanzielle Ressourcen für die Parteien und Kampagneorganisationen rechtzeitig und auf eine Weise verteilt werden müssen, dass die Nein-Seite nicht von vorn herein benachteiligt wird. Alle beteiligten Initiativen und Organisationen sollen ihre Finanzierungsquellen offen legen. Der Staat müsse sich neutral verhalten, sachlich und unparteiisch informieren, wobei Erfahrungen der Volksbefragung zum EU-Beitritt 1994 zeigten, dass es schwierig war, objektives Material zu bekommen. Beide Seiten, Befürworter und Gegner, sollten entsprechendes Material gutheißen und Möglichkeiten bekommen, jeweils ihre Standpunkte zu verbreiten.

Es sollte ein parlamentarisches Komitee zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung eingesetzt werden, um all dies zu überwachen.⁴⁵

So wird konkret in der politischen Praxis nach Wegen gesucht, dass direktdemokratische Institute nicht auch durch die Macht des Geldes ausgehöhlt und entwertet werden. Neue Formen der Verknüpfung mit dem parlamentarischen Einsatz werden entwickelt.

12. Die Linke, das Eigentum und die Macht

Angesichts bisheriger Erfahrungen gerade auch der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Regierungen ist es schließlich auch kein Zufall, dass die Partei Fragen nach Eigentum und Macht in der Gesellschaft *als Strategieproblem der Linken wieder aufnimmt.*

Auf einer Konferenz im März diesen Jahres und in einem 20-seitigen Diskussions- und Strategiedokument wird davon ausgegangen, dass in der schwedischen Gesellschaft eine Machtverschiebung von Arbeit zu Kapital und eine Einschränkung von Demokratie und politischem Handlungsspielraum zugunsten des sogenannten Marktes stattgefunden hat.

„Die Entwicklung stellt Forderungen an die Linke, ihre Analysen und ihre Politik hinsichtlich zum Beispiel Globalisierung, Feminismus und Miljöarbeit zu entwickeln. Als einen ersten Schritt in einem größeren Rahmen haben wir uns entschieden, Fragen des Eigentums zu behandeln. ...Das Ziel der Strategie ist *ökonomische Demokratie*, in der alle einen realen Einfluss auf die Produktion und die Wirtschaft und ebenso Macht und Einfluss an ihren Arbeitsplätzen und im Alltag haben. Das setzt Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, wie wir sie heute haben, voraus. ...

⁴⁵ www.vansterpartiet.se/viriksdag/11489.cs?tempeltemplate=1407

In diesem Dokument wollen wir unsere Strategie auf jenem Gebiet entwickeln, das die durch Eigentum begründete Macht des Kapitals herausfordert. ... Das Fundament im Marxismus ist dessen *Focus auf die Eigentumsverhältnisse und deren entscheidende Bedeutung in allen Gesellschaftsformationen. Produktivkräfte samt Eigentums- und übrigen Produktionsverhältnissen bilden die materielle und ökonomische Basis, die entscheidende Bedeutung für grundlegende Machtverhältnisse hat und dafür, welche Politik, Kultur, Ideologie etc. betrieben wird.*⁴⁶

Eine moderne sozialistische Strategie müsse auf eine Bewegung von unten her bauen und auf eine Vielfalt von gemeinsamen Eigentumsformen. Die übergreifende Strategie bestünde darin, nach und nach das gemeinsame demokratische Eigentum im Verhältnis zum privaten zu vergrößern, so dass der Hauptteil der Wirtschaft, demokratisiert wird und schließlich in gemeinsames Eigentum übergeht. Sozialistische Gegenmacht müsse auf lokalem, regionalem, nationalem und internationalem Niveau entwickelt werden.⁴⁷

Dabei wird eine strukturelle und eine funktionelle Perspektive gesehen: gemeinsames Eigentum und Kontrolle über Produktionsmittel und zugleich demokratische Organisation sowie eigenständige Macht und Einfluss der Menschen. Debatte und Strategien sollen sich auf staatliches, kommunales, genossenschaftliches und auf Eigentum von Lohnempfängern konzentrieren.

Staatseigentum sollten strukturbestimmende Einrichtungen aus Bank-, Kredit- und Börsensektor sowie wichtige Bereiche der Energie-, Verkehrs-, Arzneimittelproduktion und der Medieninfrastruktur sein. Der Staat müsse weiterhin die Kontrolle über strategisch bedeutsame Naturressourcen ausüben. Des weiteren sollten Unternehmen Staatseigentum sein, die aus Effektivitäts-, Gerechtigkeits- oder sozialen Gründen nicht privat betrieben werden sollten, wie z.B. pharmazeutische Aktiengesellschaften.

Der Reichstag sollte die Eigentumsstrategie und die Vorstände der Leitungen von staatlichen Unternehmen bestimmen. Auswertung und Kontrolle der Tätigkeit sollten durch Formen der öffentlichen Einbeziehung der Bürger, also der eigentlichen Eigentümer, gesichert werden. Diese Unternehmen sollten als Vorbild für andere Unternehmer, für Arbeitsbedingungen, Arbeitsmilieu etc. fungieren.

Auf *Provinz- und Kommunalebene*, wo im wesentlichen Schulbildung, Gesundheitswesen, Pflege, Kinder- und Altenfürsorge realisiert werden, würde mit diesem Teil des öffentlichen Sektors ein erheblicher Teil der Gegenmacht gegen private Kapitalmacht gebildet. Davon ausgehend plädiert die Linkspartei für die Beibehaltung der Steuereinnahmen der Kommunen und weitere Steuerfinanzierung des öffentlichen Sozialsektors. Gewinnorientierte Unternehmen im Pflege- und Schulbereich sollten wieder in den öffentlichen Sektor zurückgeführt werden. Die gewählten Provinzial- und Kommunalparlamente seien für neue demokratisierte Leitungs- und Kontrollmechanismen verantwortlich, durch die den Angestellten im öffentlichen Servicesektor und den Nutzern breitere Mitbestimmung ermöglicht wird. Es wird vorgeschlagen, direkt gewählte regionale Körperschaften einzurichten, um übergreifende Aufgaben zu lösen. Auch genossenschaftliche und ideelle, von ihren Mitgliedern oder Interessenten geleitete Organisationen sollten ihren Platz in den kommunalen Strukturen behalten.

Für Unternehmen und Aktiengesellschaften vor allem im Bereich der Infrastruktur, in denen Kommunen Mehrheitseigner sind, sollten die gewählten Vertretungen konkrete durchdachte

⁴⁶ Vänstern, ägandet och makten, Brommatryck 2002, S.1

⁴⁷ Vgl. ebenda

Eigentümerstrategien entwickeln und festlegen, wie die Bürger auch in die spätere Kontrolle einbezogen und ihre Mitgestaltungsrechte gesichert werden.

In dem Strategiepapier werden Vorschläge unterbreitet, *wie generell durch politische Steuerung weiteren Privatisierungen entgegen gewirkt werden kann*. Es wird auf Erfahrungen mit entsprechender zeitlich begrenzter Gesetzgebung verwiesen und es werden ökonomische, auch zeitweilige Erleichterungen für kommunales Eigentum sowie wirtschaftliche Sanktionen bei seinem Verkauf vorgeschlagen. Privatisierungen sollten nur nach Erlaubniserteilung in Relation zur Situation der Kommune erfolgen. Unter Hinweis auf Holland und Kanada wird vorgeschlagen, per Gesetzgebung in Bereichen wie Gesundheitswesen und Pflegeeinrichtungen die Tätigkeit von gewinnorientierten Unternehmen zu verbieten.

Schließlich wird der Bereich der *kollektiven Kapitalbildung durch Fonds* aufgegriffen und neue Vorschläge unterbreitet. „Die Arbeitnehmer der Welt sind durch ihr angesammeltes Pensionskapital in größerem Umfang Eigentümer als es dem Wert der drei führenden Börsen der Welt entspricht. Dennoch sind es die Kapitalisten, die die Macht in dem ganz und gar dominierenden Teil der größeren Unternehmen der Welt haben. Kollektive Kapitalbildung durch Fonds ist eine Strategie, die zur Entwicklung von ökonomischer Demokratie und von einem demokratischen Sozialismus beitragen kann.“⁴⁸

Zum Beispiel ginge es um *gewerkschaftseigene Pensionsfonds*, die auf dem Grundprinzip der ökonomischen Demokratie beruhen: gemeinsames Eigentum und demokratische Steuerung nach dem Prinzip: eine Person – eine Stimme. Gewerkschaftsfonds müssten Einfluss und Macht aus Aktieneigentum nutzen, um zum Beispiel Stilllegungen von gewinnbringenden Unternehmen oder Verlegung von Produktion in Niedriglohnländer zu verhindern. Gewerkschaftsmitglieder sollten die Wahl haben, ihr Pensionskapital in den von den Gewerkschaften gebildeten Fonds einzuzahlen und die Leitungen zu bestimmen. Es wären Kombinationen mit verschiedenen regionalen Fonds denkbar. Auf längere Sicht könnten Unternehmen im Eigentum der abhängig Beschäftigten und von ihnen verwaltet, geschaffen werden. Das wäre, ohne Probleme und Konfliktpotentiale zu negieren, für die hoch organisierte Arbeiterbewegung in Schweden ein Weg allmählicher Machtveränderung.

Unter der Überschrift *Gesellschaftseigene Fonds* werden weitere Projekte diskutiert. Das noch existierende staatliche *Pensions-Fondssystem* sollte im Rahmen einer veränderten Verantwortung des Staates als Eigentümer durch Streichung von Investitionssperren und anderen Behinderungen als Faktor für mehr Macht der Einzahler in der Wirtschaft aktiviert werden. Das könnte dazu führen, dass Gewinne wieder in Schweden investiert würden.

Anknüpfend an dem Projekt der *Arbeitnehmerfonds aus der Mitte der 70er Jahre* und unter Berücksichtigung von Problemen mit diesem Modell wird ein *Vorschlag für Gesellschaftsfonds* skizziert: Größere Unternehmen mit mindestens 100 - 200 Beschäftigten und einem bestimmten Umsatz überführen einen Anteil ihres jährlichen Gewinns in Form von neu gezeichneten Aktien in Arbeitnehmerfonds in den entsprechenden Unternehmen, wo er weiter als arbeitendes Kapital fungiert. Die Liquidität der Unternehmen wäre damit nicht gefährdet. Nach Berechnungen zu den Arbeitnehmerfonds-Vorschlägen in den 70er Jahren würden bei einem Anteil überführten Gewinns zwischen jeweils 10 und 20% diese Fonds nach 20 bis 40 Jahren eine Aktienmajorität an den Unternehmen haben. Damals hatten etwa 1% der schwedischen Firmen mehr als 100 Angestellte. In ihnen wurden über 80% des Gewinns der schwedischen Industrie erwirtschaftet. Und in diesen wenigen Großunternehmen arbeiteten 60% aller Beschäftigten in der schwedischen Wirtschaft.⁴⁹

⁴⁸ ebenda, S. 11

⁴⁹ Vgl. S.Sjöberg, Samhällsfonder...a.a.O.

Um im Unterschied zu dem früheren Projekt eine Balance zwischen Gewerkschaften/ Mitgliedern und anderen Bürgern, unterschiedlich rentablen Unternehmen bzw. unterschiedlichen Regionen des Landes herzustellen, sollten diese Fonds mit gesellschaftlichen Fonds auf regionaler Basis und einem nationalen Ausgleichsfonds kombiniert werden. Diese Fonds sollten von Leitungen unter Verantwortung gewählter regionaler Vertretungskörperschaften, Vertretern von Regierung/Reichstag und Gewerkschaften verwaltet werden. Später sollten die Belegschaften in den Leitungen der Unternehmen vertreten sein. Durch eine solche Machtteilung bei Gesellschaftsfonds würden Gruppenegoismus und widerstreitende Interessen ausbalanciert und das Prinzip: Jeder Bürger (nicht jeder Gewerkschafter) - eine Stimme verwirklicht werden. Im Bewusstsein der Widerstände gegen solche komplexen Strategien zur Entwicklung von Gegenmacht wird darauf hingewiesen, dass *auf internationalem Niveau Fondsstrategien gegen die globale Kapitalmacht* entwickelt werden müssten.⁵⁰

In einer vorausgegangenen Arbeit zu diesen Vorschlägen werden Für und Wider der Fondsprojekte diskutiert. Hinsichtlich der „ewigen Frage in der Arbeiterbewegung Reform oder Revolution“ werden diese Fondsvarianten als „Strukturreformismus“, als ein „Reformismus mit Focus auf den Kern des gegenwärtigen kapitalistischen Systems, das private Eigentumsrecht am ‚produktiven Kapital‘, (als) eine reformistische Methode mit einem revolutionären Ziel, (als) ein Reformismus, der darauf abzielt, die Produktionsweise zu revolutionieren.“ bezeichnet.⁵¹ Resümierend verweist der Autor darauf, dass entscheidende Voraussetzung aller Alternativen sei, dass die Linke als hegemonistischer Block im Sinne Gramscis agiere. Das sei die große Aufgabe der kommenden Jahre.

Diese Diskussionsangebote zu linker Strategie sind von der bürgerlichen Presse selbstverständlich als böser Rückfall in den Kommunismus geschmäht worden. In Wahleinschätzungen wird davon ausgegangen, dass diese Vorschläge die Partei auch Wählerstimmen gekostet hätten. Innerhalb der Linkspartei wurden sie nicht einhellig gebilligt. Es wird auch in der Partei auf das „abschreckende Beispiel des Staatssozialismus“ verwiesen.

Von Gewerkschaftsfunktionären wird zudem auf die Abhängigkeit von den USA und auf Probleme mit ausländischem Eigentum, auf persönliche Eigentümerbefugnisse von Pensionären, und darauf verwiesen, dass die Wiederaufnahme der Idee der Arbeitnehmerfonds eine „Kriegserklärung“ sei.⁵²

Von links wird kritisiert, dass die politische Praxis der Linkspartei vielfach den analytischen und strategischen Positionen dieses Papiers widerspräche, und dass dies nicht thematisiert werde. Skepsis wird hinsichtlich der weiteren Rolle dieses Papiers als Diskussionsangebot, als Dokument zur Strategie der Partei oder als Ausdruck recht unterschiedlicher Strömungen in der Partei geäußert.⁵³

Selbst in der bisherigen Aufnahme dieses aus vielerlei Gründen wichtigen und interessanten Dokuments wird deutlich, gegen *welche* Widerstände die Linkspartei anzukämpfen hat, wie vielschichtig und entwicklungssoffen ihre Strategien sind.

⁵⁰ Vgl. Vänstern, *ägandet och makten*, S.15

⁵¹ S.Sjöberg, *Samhällsfonder*, a.a.O., S. 42

⁵² Flamman, v. 14.3.02

⁵³ *Proletären*, Nr.12 v. 21-27.3.2002

13. Erfolgskriterien linker Politik ?

Aus programmatischen und strategischen Dokumenten und realisierter Politik, aus reflektierten Erfahrungen und kontroversen Debatten geht hervor, worin jeweils Erfolg gesehen und wie er gemessen werden sollte - abhängig von sich verändernden Rahmenbedingungen und Anforderungen an den Einsatz der Linken. Da geht es um Kurz- und Längerfristigkeit, um verschiedene Elemente der Strategien zu verschiedenen Zeiten, um die Spezifik des Handelns jeweiliger Akteure, z.B. der Mutterpartei und dem Jugendverband. Schließlich geht es um Erfolg durch Zusammenwirken aller Komponenten. Und nicht zuletzt hängt Erfolg zunehmend von koordiniertem Einsatz linker Kräfte, Parteien und Bewegungen und sonstiger Gegnern der marktradikalen, militarisierten und kriegerischen Globalisierung in Europa und in der Welt ab. Selbstverständlich ist eine Debatte um Erfolgskriterien selbst Teil der Suche nach und der Auseinandersetzung um linke Politik.

Einigkeit besteht in der Linkspartei wohl darin, dass es um einen *möglichst hohen Grad der Beeinflussung der gesellschaftlichen Entwicklung im Interesse derer geht, die von der Partei deutlich genannt werden*, z. B. in der Wahlplattform von 2002: Menschen, die auf generelle steuerfinanzierte öffentliche Sozialleistungen angewiesen sind, Frauen, die bei Lohn und sonst im Leben diskriminiert werden, Menschen, die wirkliche Arbeiterpolitik brauchen, die Umweltschutz vor Profitinteresse stellen, Flüchtlinge aufnehmen und die Beistandspolitik verbessern wollen.

In diesem Kriterium ist ein Bekenntnis zu Interessenpolitik enthalten: „Wenn wir an die Macht kommen und die Gesellschaft nicht verändern, haben wir verloren.“ Gestritten wird um Wege und Erfolge in parlamentarischen Strukturen bis hin zur Regierungsbeteiligung und dabei um den Wert von Stimmenmaximierung und Besetzung von Ämtern etc. Nach den Wahlen in diesem Jahr wurde die Verhinderung einer bürgerlichen Regierung von der Parteivorsitzenden als wichtigstes Ziel und Erfolg der Partei gewertet.

Verschiedentlich wird davon ausgegangen, dass durch die Wirksamkeit der Partei in Strukturen des politischen Systems deren Funktionen und Mechanismen demokratisiert werden könnten. Als ein Argument für eine Beteiligung der Partei an der Regierungsverantwortung wird u.a. angeführt, dass man in Ministerpositionen die EU-Politik des Landes besser beeinflussen könnte, weil sie wesentlich von der Exekutive und nicht vom Parlament bestimmt würde. Insoweit würden hier Erfolge zu erreichen sein.

Besonders im Jugendverband gilt die Arbeit jedes Mitgliedes und des Verbandes als Organisation in alten und neuen sozialen, ökologischen, solidarischen Bewegungen und eine außerparlamentarische Mobilisierung von Gegenmacht als wichtiges Erfolgskriterium. Der Jugendverband der Linkspartei konnte seine Mitgliederzahl im Unterschied zu bürgerlichen Jugendverbänden erhöhen. Wie schon erwähnt, hat er wesentlichen Anteil daran, dass Erst- und Jungwähler 2002 entgegen übrigen Wahlverlusten der Partei zunehmend für die Linkspartei gestimmt haben. Es gibt die Auffassung und eine entsprechende politische Praxis, dass Parlamentarismus erfolgreich sei, wenn das Außerparlamentarische im Parlament vertreten werde.

Mit der eigenen kritischen, sozialistischen Sicht auf die Gesellschaft und die Entwicklung in der Welt mehr Menschen mit Verstand und Herz zu erreichen, gilt als Erfolg, weil Voraussetzung zur Überwindung der geistigen Führerschaft der Bourgeoisie. Das sei der erste Schritt, dass mehr Menschen sich emanzipieren und gemeinsam etwas ändern.

Fortschritte beim „*Wie*“ der wechselseitigen Unterstützung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf, bei der Schaffung neuer Bündnisse und Netzwerke und bei der Erhöhung der Kampagnefähigkeit der Partei im Zusammenwirken ihrer verschiedenen

Strategieelemente, Ebenen und Akteure gelten wohl der Mehrheit in der Partei, insbesondere in der Basis, als wesentliches Kriterium, weil zugleich Voraussetzung für Erfolg.

In allem drückt sich die „ewige“ und vor allen sozialistischen und kommunistischen Parteien stehende *Aufgabe und Zerreißprobe* aus, mit dem Alltagskampf im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgestoßenen *zugleich* grundlegende Veränderungen der Macht- und Eigentumsstruktur dieser Gesellschaft einzuleiten - *und* für beides Mehrheiten zu gewinnen, die dies letztlich selbst erkämpfen.

Anhang

Allgemeine Daten zum Land

Fläche	450.000 km ² , (fünftgrößtes Land Europas)
Einwohnerzahl	8,9 Millionen, davon 18 % Zuwanderer in 1. und 2. Generation
Einwohner je km ²	ca. 20
Gliederung	Einheitsstaat, 21 Provinzen, 289 Kommunen
Mitglied der EU	seit 1995, nicht Mitglied der EURO-Zone
BNP	Wachstum seit 1999 zwischen 3,8 und 2,1%
Steuerquote	seit 2000 bei ca. 51 %
Öffentliche Ausgaben	seit 1999 bei ca. 58% vom BNP
Anteil des priv. Wirtschaftssektors	85 % mit steigender Tendenz
Anteil des Exports am BNP	ca. 40 %
Erwerbsbevölkerung	4,3 Millionen
Erwerbsquote	76 %
Frauen von 16 – 64 Jahren	70 %
Männer	73 %
offene Arbeitslosigkeit in % der Arbeitskräfte insgesamt	3,9 %
in arbeitsmarktpolitischen Programmen	
Beschäftigte in % der Arbeitskräfte	3,1 %

Wahlssystem

Verhältnisswahlssystem mit Ausgleichsmandaten, 4 %-Sperrklausel oder 12 %
Stimmanteil in einer Provinz zum Überspringen der Sperrklausel,
bei Provinziallandtagen: 3 % - Sperrklausel,
kombinierte Personenwahl seit 1998

Wahlrecht

aktives und passives: auf allen Ebenen mit 18 Jahren, Wahlrecht bei Provinzial- und
Kommunalwahlen für Ausländer nach drei Jahren gemeldetem Aufenthalt

Ergebnisse der Wahlen zum schwedischen Reichstag seit 1968 (Anteil der Parteien in Prozent der abgegebenen Wählerstimmen und in Zahl der Mandate im Reichstag)

Jahr	M	Fp	C	SAP	V	MP	Kd	Sonst.	Nyd	Wahlbeteiligung
1968	12,9 32	14,3 34	15,7 39	50,1 125	3,0 3			4,0 0		
1970	11,5 44	16,2 58	19,9 71	45,3 163	4,8 17			2,3 0		88,3 %
1973	14,3 51	9,4 34	25,1 90	43,6 156	5,3 19			2,3 0		90,8 %
1976	15,6 55	11,1 39	24,1 86	42,7 152	4,8 17			1,7 0		91,8 %
1979	20,3 73	10,6 38	18,1 64	43,2 154	5,6 20			2,1 0		90,7 %
1982	23,6 86	5,9 21	15,5 56	45,9 166	5,6 20	1,6 0	1,9 0			91,4 %
1985	21,3 76	14,2 51	9,8 43	44,7 159	5,4 19	1,5 0	2,6 0			89,9 %
1988	18,3 66	12,2 44	11,3 42	43,2 156	5,8 21	5,5 20	2,9 0	0,7 0		86,0 %
1991	21,9 80	9,1 33	8,5 31	37,6 138	4,5 16	3,4 0	7,1 26	6,7 25	1,2 0	86,0 %
1994	22,4 80	7,2 26	7,7 27	45,3 161	6,2 22	5,0 18	4,1 15	0,9 0	1,2 0	86,1 %
1998	22,9 82	4,7 17	5,1 18	36,4 131	12,0 43	4,5 16	11,8 42	2,5 0	0,1 0	81,4 %
2002	15,1 55	13,3 48	6,2 22	39,9 144	8,3 30	4,5 17	9,3 33	3,4 0		80,1 %

(erste Zahl: Stimmenanteil in %, zweite Zahl: Anzahl der Mandate)

Verteilung der schwedischen Mandate im Europäischen Parlament

	M	Fp	C	Kd	SAP	V	Mp	Wahlbeteiligung
1995	5	1	2	-	7	3	4	41,6 %
1999	5	3	1	2	6	3	2	38,4 %

- C - Centerpartiet - Zentrumsparterie (bis 1957 Bauernbund)
 Fp - Folkpartiet Liberalerna - Volkspartei die Liberalen
 Kd - Kristdemokraterna - Christlich-demokratische Partei
 M - Moderaterna - Gemäßigte Sammlungspartei (bis 1969 Rechtspartei)
 Mp - Miljöpartiet De Gröna - Umweltpartei Die Grünen
 Nyd - Ny Demokrati - Neue Demokratie
 SAP - Socialdemokratiska Arbetarepartiet - Sozialdemokratische Arbeiterpartei
 V - Vänsterpartiet - Linkspartei (bis 1967 Kommunistische Partei Schwedens; bis 1990 Linkspartei Kommunisten)

Schwedische Regierungen seit 1932

Zeitraum	Ministerpräsident	politische Zusammensetzung
1932-1945	Per Albin Hansson (SAP) (außer Juni-September 1936)	SAP (z.T. in Koalition mit Bauernbund bzw. Sammlungsregierung)
1945-1969	Per Albin Hansson (SAP) Tage Erlander (SAP)	SAP (von 1951-1957 4 Minister der Centrumspartei)
1969-1976	Olof Palme (SAP)	SAP
1976-1978	Thorbjörn Fälldin (C)	C (8), M (6), Fp (5), parteilos (1)
1978-1979	Ola Ullsten (Fp)	Fp
1979-1981	Thorbjörn Fälldin (C)	M (8), C (7), Fp (5)
1981-1982	Thorbjörn Fälldin (C)	C (10), Fp (7), parteilos (1)
1982-1986	Olof Palme (SAP)	SAP
1986-1991	Ingvar Carlsson (SAP)	SAP
1991-1994	Carl Bildt (M)	M (8), Fp (4), C (4), Kd (3)
1994-1998	Ingvar Carlsson/Göran Persson (SAP)	SAP
1998-2002	Göran Persson (SAP)	SAP
2002-	Göran Persson (SAP)	SAP

Zur Vänsterpartiet (Linkspartei)

- 13 868 Mitglieder (Dez. 2001), organisiert auf örtlicher, Distrikts- und zentraler Ebene,
- 280 Ortsverbände, in denen alle Mitglieder der Kommunen/Stadtteile organisiert sind, jährliche Wahl der Leitungen,
- alle örtlichen Parteigruppen in einer Provinz sind in einem Distrikt zusammengefasst, es bestehen 23 Distrikte,
- auf jährlichen Delegiertenkonferenzen werden die Distriktsleitungen und ihre Vorsitzenden gewählt, Arbeitsplan und Budget beschlossen, Vorschläge von Mitgliedern und Ortsverbänden beraten,
jedes zweite Jahr findet ein Parteitag als höchstes beschließendes Organ mit 225 Delegierten aus den Ortsvereinigungen statt, er wählt die höchsten zentralen Parteiorgane, auch das Komitee zur Ausarbeitung eines neuen Programms,
- die Linkspartei arbeitet u.a. im New European Left Forum (NELF) und in der Vereinigten Linken im Europaparlament (GUE/NGL) mit. Sie hat 3 Abgeordnete im Europaparlament,
- Parteivorsitzende ist seit 1993 Gudrun Schyman.

Zur Autorin

Prof. Dr. jur. et phil. habil. Edeltraut Felfe

Regionalwissenschaftlerin

Am Hang 5

D 17498 Riemserort/Greifswald

Tel./Fax: 038351/80213

e-mail: felferiems@aol.com